

# zentralasien- analysen



[www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## VORGEZOGENE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL UND REFERENDUM ÜBER DIE REGIERUNGSFORM IN KIRGISTAN PARLAMENTSWAHLEN IN KASACHSTAN

- |  |    |  |    |
|--|----|--|----|
| <p>■ <b>ANALYSE</b><br/>Präsidentschaftswahl und Referendum in Kirgistan<br/>Zwei Schritte zurück im kirgisischen »Demokratie-Experiment«?<br/>Dr. Mahabat Sadyrbek<br/>(Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle)</p> | 2  | <p>■ <b>ANALYSE</b><br/>Parlamentswahlen in Kasachstan<br/>Daniyar Kussainov<br/>(University of Central Asia, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Almaty)</p> | 13 |
| <p>■ <b>ANALYSE</b><br/>Neuer Präsident, altes Präsidialsystem? Kirgistan am Scheideweg zwischen Reformmöglichkeiten und weiterer Instabilität<br/>Dr. Shairbek Dzhuraev<br/>(Crossroads Central Asia, Bischkek)</p>                 | 6  | <p>■ <b>DOKUMENTATION</b><br/>Ergebnis der Parlamentswahlen in Kasachstan am 10. Januar 2021</p>   | 16 |
| <p>■ <b>DOKUMENTATION</b><br/>Ergebnisse der vorgezogenen Präsidentschaftswahl und des Referendums zur Bestimmung der Regierungsform in Kirgistan am 10. Januar 2021</p>   | 10 | <p>■ <b>STATISTIK</b><br/>Die Verbreitung von Covid-19 in Zentralasien</p>   | 18 |
|  |    | <p>■ <b>CHRONIK</b><br/>28. November 2020 –24. Januar 2021<br/>(einschließlich Covid-19-Chronik)</p>   | 21 |
|  |    | <p>Kasachstan</p>  | 21 |
|  |    | <p>Kirgistan</p>   | 24 |
|  |    | <p>Tadschikistan</p>   | 27 |
|  |    | <p>Turkmenistan</p>  | 30 |
|  |    | <p>Usbekistan</p>  | 32 |

## Präsidentenschaftswahl und Referendum in Kirgistan

### Zwei Schritte zurück im kirgisischen »Demokratie-Experiment«?

Dr. Mahabat Sadyrbek (Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle)

DOI: 10.31205/ZA.145.01

#### Zusammenfassung

Die kirgisische Parlamentswahl vom 4. Oktober 2020 mündete in Proteste und in den Rücktritt von Präsident Sooronbaj Dscheenbekow. Am 10. Januar fanden vorgezogene Präsidentenschaftswahlen statt, 39 % der Wahlberechtigten beteiligten sich an der Abstimmung. Am selben Tag wurde per Referendum über eine mögliche neue Verfassung abgestimmt. Die neue Verfassung sieht die Umwandlung des Landes von einer parlamentarischen Republik hin zu einem präsidentialen Regierungssystem vor. Die Abstimmungen stellen ein historisches Ereignis für Kirgistan dar, welches mit einem »Hybridregime« aus demokratischen und autoritären Elementen einen *Restless Spot* in Zentralasien bildet. Der Wahlsieg des nationalpopulistischen Politikers Sadyr Dschaparow markiert einen erneuten Machtwechsel mit weitreichenden Folgen: Ein clanbasierter und klientelistischer Führungsstil wird die politische Zukunft Kirgistans nun verstärkt prägen.

#### Die Hintergründe

Obwohl das kirgisische Präsidentenamt inzwischen ein riskanter Job ist, bleibt es weiterhin ein beliebter und auch umkämpfter Posten. Askar Akajew – der erste Präsident nach der Unabhängigkeit im Jahr 1991 – floh nach der sogenannten »Tulpenrevolution« im Februar 2005 mit seiner Verwandtschaft nach Moskau. Auslöser der damaligen Proteste waren unfreie und manipulierte Parlamentswahlen. Sein Nachfolger Kurmanbek Bakijew musste Kirgistan nach fünfjähriger Amtszeit ebenfalls verlassen: Im April 2010 fand er mitsamt Gefolgschaft Zuflucht beim belarussischen Machthaber Aleksandr Lukaschenko in Minsk. Die Übergangsregierung unter Ex-Außenministerin und Oppositionsführerin Rosa Otunbajewa beschränkte die präsidentialen Befugnisse und schuf so die Grundlage für eine parlamentarische Republik. Anderthalb Jahre später gewann der Sozialdemokrat Almasbek Atambajew die Präsidentenschaftswahl und konnte sich während seiner sechsjährigen Amtszeit im höchsten Amt Kirgistans halten. Im Wahlkampf um die Präsidentenschaft im Herbst 2017 unterstützte er seinen Parteikollegen Sooronbaj Dscheenbekow. Im Laufe von Dscheenbekows Amtszeit fiel Atambajew jedoch in Ungnade und wurde wegen Korruption angeklagt. Ein Gericht in Bischkek verurteilte ihn schließlich im Juni 2020 zu elf Jahren Haft.

Nach Wahlfälschungen entwickelte sich die Parlamentswahl vom 4. Oktober 2020 zu einer neuen politischen Krise, geprägt durch schwere Unruhen und Ausschreitungen. Mehrere inhaftierte Politiker wurden dabei aus Gefängnissen befreit, darunter der frühere Präsident Atambajew (mittlerweile wieder in Haft), Ex-Premierminister Sapar Isakow, sowie die ehemaligen Parlamentsabgeordneten Rawschan Dscheenbekow und Sadyr Dschaparow. Letzterer übernahm die Leitung der Über-

gangsregierung und die Interimspräsidentenschaft, womit er zeitweise sowohl Staats- als auch Regierungsoberhaupt war. Dschaparow und seine Anhänger\*innen forderten den Rücktritt des damaligen Präsidenten Dscheenbekow, der schließlich am 15. Oktober 2020 zurücktrat. Mit knapp 80 % der Stimmen ist Sadyr Dschaparow am 10. Januar zum sechsten Präsidenten der Kirgisischen Republik gewählt worden. Sein Verfassungsreferendum wurde ebenfalls angenommen, womit Kirgistan nun wieder zu einem präsidentialen Regierungssystem zurückkehrt, nachdem es zehn Jahre zuvor abgeschafft wurde.

#### Das »Phänomen Dschaparow«

Als Reaktion auf die Großdemonstrationen hat die Zentrale Wahlkommission das Ergebnis der umstrittenen Parlamentswahl vom 4. Oktober 2020 aufgehoben. Die anschließende Beförderung des verurteilten Geiselnahmers Sadyr Dschaparow an die Spitze der Exekutive überraschte selbst die protestierprobe Gesellschaft Kirgistans. Ein derart steiler Aufstieg überforderte sowohl Expert\*innen als auch erfahrene Politiker\*innen im Land, weshalb in kirgisischen und ausländischen Medien rasch von einem »Phänomen« gesprochen wurde.

Mit seinen äußerst strittigen und widersprüchlichen Handlungen ist Dschaparow eine gleichsam außergewöhnliche wie bekannte Figur in der kirgisischen Politik. Er begann seine Karriere als professioneller Sportler, leitete anschließend verschiedene Öl- und Gasunternehmen, bevor er unter Akajews Präsidentenschaft in die Politik eintrat. In der Regierungszeit von Bakijew wurde er Mitglied des nationalen Parlaments, absolvierte zeitgleich sein Jurastudium und arbeitete von 2008 bis 2009 in der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention. Nach dem Sturz von Bakijew wurde er zum zweiten Mal Parlamentsabgeordneter für die Partei »Ata-Zhurt«

(Vaterland). Während dieser Zeit waren er und seine Schwester aufgrund ihrer Verbindungen zu Bakijew in hochkarätige Skandale verwickelt. In den Jahren 2012 und 2013 organisierte Dschaparow mehrfach Kundgebungen und Demonstrationen zur Verstaatlichung der Kumtor-Goldmine (im Gebiet Yssyk-Köl). Im Herbst 2012 versuchte er gemeinsam mit Anhänger\*innen das Weiße Haus in Bischkek zu stürmen, wofür er sich anschließend vor Gericht verantworten musste. Schließlich wurde Dschaparow wegen des Versuches der gewalttätigen Machtergreifung zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt, allerdings nach neun Monaten vorzeitig entlassen. Nach seiner Haftentlassung nahm Dschaparow erneut an Protestaktionen in Karakol (Hauptstadt des Gebiets Yssyk-Köl) teil. Nachdem Demonstrant\*innen den Gebietsgouverneur zwischenzeitlich als Geisel genommen hatten, wurde Dschaparow polizeilich gesucht und floh ins Exil nach Zypern. Im Jahr 2017 kehrte er nach Kirgistan zurück, um an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen. Unmittelbar nach seiner Einreise wurde er erneut festgenommen und anschließend wegen mehrerer Straftaten aus der Vergangenheit zu elfeinhalb Jahren Haft in einer Hochsicherheitskolonie verurteilt. Nachdem Dschaparow im Oktober 2020 von Anhänger\*innen aus dem Gefängnis befreit wurde, mischte er sich mithilfe der Unterstützung äußerst engagierter und aktiver Kräfte erneut in die Politik ein. Auch wenn sein Gefängnisurteil zu diesem Zeitpunkt juristisch noch nicht aufgehoben war, ließ er sich unter fragwürdigen Umständen dennoch von der Mehrheit der Parlamentarier zum kommissarischen Premierminister wählen. Zuvor war Premierminister Kubatbek Boronow zurückgetreten. Nach dem Rücktritt von Präsident Dscheenbekow hätte verfassungsgemäß der Parlamentsprecher seine Aufgaben übernehmen müssen. Da der damalige Parlamentsprecher Kanatbek Isajew hierauf verzichtete, ging die Interimspräsidentschaft, wie in der Verfassung vorgesehen, an den Premierminister über.

Kurz nachdem Dschaparow einigermaßen sattelfest auf seinem Posten saß, besetzte er die Schlüsselpositionen mit Vertrauenspersonen und sprach sich »auf Ersuchen des Volkes« für eine Verfassungsänderung aus. Das Parlament, dessen offizielle Amtszeit am 28. Oktober 2020 auslief, verabschiedete kurzfristig eine Änderung des Wahlgesetzes (Art. 38 und 63). Dadurch wurde die Wiederholung der Parlamentswahlen auf unbestimmte Zeit verschoben, obwohl diese bereits von der Zentralen Wahlkommission für den 20. Dezember 2020 festgelegt war. Die Änderungsanträge wurden unter Verstoß gegen die Verfahrensnormen angenommen und an einem Tag durch drei Lesungen im Parlament durchgepeitscht.

In seiner kurzen Übergangsamtszeit ging Dschaparow sehr strategisch vor. Indem er Einzelgespräche mit seinen möglichen Gegnern führte, die sich nacheinander

zurückzogen, zersplitterte er die Opposition. Gleichzeitig sorgte er mit der Festnahme bekannter Krimineller für sensationelle Berichterstattungen, leitete eine Wirtschaftsamnestie ein und entließ Hunderte von Gefängnisinsassen aus der Haft. Er schaffte sukzessiv Fakten und verstand es nur allzu gut, seine Kritiker\*innen und die Öffentlichkeit mit teilweise belanglosen Themen zu beschäftigen. Viele dieser Themen, wie z. B. der Status der russischen Sprache, der Bergbau im Land und die Frage der Tilgung von Auslandsschulden, zielten eindeutig auf die Aktivierung moralischer und nationalistischer Gefühle ab, wodurch ein großer Teil der Bevölkerung mobilisiert werden sollte. Schließlich gab Dschaparow seinen Wunsch bekannt, an der vorgezogenen Präsidentschaftswahl am 10. Januar 2021 teilzunehmen, wofür er seine Ämter als Interimspräsident und kommissarischer Premierminister am 14. November niederlegte.

### **Dschaparow, seine Gegner und »die Anderen«**

Für die vorgezogene Präsidentschaftswahl waren zunächst 63 Personen in der Kandidatenliste registriert. Durch verschiedene Anforderungen (rechtzeitige Unterlagenabgabe, Sprachprüfung, Registrierungsgebühr und Unterschriftensammlung) reduzierte sich die Zahl der Kandidat\*innen, sodass am Ende 18 Präsidentschaftsanwärter die Zulassung zur Teilnahme an der Wahl erhielten. Ein Kandidat ist inmitten der Kampagne ausgestiegen. Aus der Anzahl der Wettbewerber und ihren Programmen ergab sich tatsächlich ein gewisser Pluralismus. Der Wahlkampf war zwar kontrovers und lebhaft, doch auch stark personenbezogen. Dschaparow war eindeutiger Favorit und hatte das größte Kampagnenbudget, über dessen Herkunft nur spekuliert werden kann. Er nutzte administrative Ressourcen und die Unterstützung seiner Vertrauten in unterschiedlichsten Ämtern. Unter Missachtung des Infektionsschutzes bereiste er mit einem dicht getakteten Programm die einzelnen Provinzen (*Oblast*) Kirgistans. So versuchte er Volksnähe zu zeigen, während er – als sei er bereits gewählt worden – von staatlichen Sicherheitsbeamten begleitet wurde. Die zahlreichen landesweiten Auftritte dienten Dschaparow als Ausrede, um nicht an Fernsehdebatten zur Wahl teilnehmen zu müssen. Dafür hielt er seine Neujahrsansprache im nationalen Fernsehen, ebenfalls so, als habe er die bevorstehende Wahl bereits gewonnen.

Globale populistische Trends schlugen sich auch in Dschaparows Politikstil nieder: Appelle gegen »die Elite« und Populismus prägen seine Programminhalte und weisen gewisse Parallelen zu Donald Trump auf, obwohl dieser konkrete Vergleich mit Vorsicht zu betrachten ist. Die Wut der Bevölkerung auf das von Korruption und Skandalen geprägte Parlament baute Dschaparow geschickt in seine Rhetorik ein. Seine straffällige Ver-

gangenheit verhalf ihm zum Ruf eines politischen Märtyrers mit einer starken Anziehungskraft auf die Benachteiligten und »Entrechteten«. In zahlreichen Regionen wurde er mit theatralischen Auftritten und folkloristischen Bühnenprogrammen wie ein Volksheld inszeniert.

Das »Phänomen Dschaparow« kann mit den Ausführungen von Gustave Le Bon (1982), einem der Begründer der Massenpsychologie, verglichen werden: Sein Konzept der »Massenseele« beschreibt, wie der Einzelne unter bestimmten Umständen seine Kritikfähigkeit verliert und sich nur noch affektiv verhält. Auch die Anhänger\*innen Dschaparows sind wahrhaft überzeugt davon, dass dieser das Land aus der Krise befreien würde. Viele von ihnen scheinen von patriotischem Fanatismus und einer gewissen Ungeduld getrieben zu sein. Entsprechend impulsiv verlief auch die politische Auseinandersetzung vor der Wahl. Dschaparows Unterstützer\*innen wirkten kritischen Stimmen, auf der Straße durch physische Einschüchterungen und in den sozialen Medien mittels Troll-Fabriken, massiv entgegen. Kritiker\*innen von Dschaparows politischem Weltbild oder Gegner seines Kurses wurden im virtuellen Raum konstant als »Westler«, »NGOler« oder »LGBT-Aktivist\*innen« bezeichnet.

Als bedeutendster politischer Gegner von Dschaparow galt der Parteichef von »Bütün Kirgistan« (Einiges Kirgistan), Adachan Madumarow, der zum dritten Mal kandidierte. Mit seiner ebenfalls nationalistischen Positionierung zielte er auf dieselbe Kernwählerschaft wie Dschaparow ab, jedoch mit einer stärkeren Fokussierung auf die Bevölkerung im Süden und die Arbeitsmigrant\*innen in Russland. Klara Sooronkulowa, einstige Verfassungsrichterin und Gründerin der jungen »Reforma«-Partei, vertrat Bevölkerungsteile, welche gegen Dschaparow eingestellt sind. Sie hat Klage gegen die Verschiebung der Parlamentswahl und die Wahlgesetzänderung eingereicht. Zudem ging sie auch gegen die Entscheidung der Wahlkommission für Dschaparows Kandidatur juristisch vor. Gemeinsam mit weiteren Kandidat\*innen unterzeichnete sie ein »Memorandum zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit« und sprachen sich auf mehreren Pressekonferenzen gegen die rechtswidrigen Handlungen von Dschaparow aus.

Während zahlreiche Kandidat\*innen versuchten, sich durch wiederholte Verweise auf das verfassungswidrige Verhalten Dschaparows zu profilieren, war die andere Hälfte während des Wahlkampfes überwiegend damit beschäftigt, sich selbst und ihre Programme bekanntzumachen. Einige Bewerber\*innen unternahmen auch Reisen durch das Land und erhielten vonseiten der Bevölkerung Segen und Schenkungen (Pferde, Mäntel, Fellmützen usw.). Im Vergleich zu früheren Wahlkämpfen nutzten die Kandidaten aktiv *Facebook*, *Telegram* und *Instagram* und suchten den direkten Dia-

log mit den Wähler\*innen. In zwei TV-Debatten traten 16 Kandidat\*innen in jeweils vier Gruppen gegeneinander an. Ihre Ansprachen waren geprägt von den üblichen allgemeinen Leitlinien und populistischen Programminhalten. Hierzu zählen der Kampf gegen die Korruption, Engagement für Stabilität, »moralische Erneuerung«, Versprechen von wirtschaftlichem Aufschwung, Schuldentilgung und das Streben nach der »Einheit des Volkes«. Die meisten Gegenkandidat\*innen Dschaparows legten das Hauptaugenmerk ihres Wahlprogramms auf dessen frühere Straftaten, seine Verbindungen zu Bakijew und die gegenwärtigen Rechtsverletzungen in Bezug auf seine Kandidatur und die angestrebten Verfassungsänderungen. Die scharfe Rhetorik einiger der Kandidat\*innen zeugt dabei auch von einer starken Polarisierung in der kirgisischen Politik und Gesellschaft.

### Fragwürdiges Referendum und Verfassungsänderung

Obwohl häufige Verfassungsänderungen für jedes Rechtssystem lähmend wirken, sind diese neben gewaltsamen Machtwechseln zum festen Bestandteil der kirgisischen Politik geworden. In den Jahren 1994, 1996, 1998, 2001, 2003, 2006, 2007, 2010 und 2016 wurden jeweils Verfassungsänderungen vorgenommen. Durch die vorletzte Verfassung wurde ein parlamentarisches Regierungssystem in Kirgistan eingeführt. Die zusätzlichen Änderungen im Jahr 2016 haben die Rechte des Präsidenten weiter eingeschränkt und die des Regierungschefs erweitert. Die Initiative für die Rückkehr zum präsidentialen Regierungssystem geht scheinbar auf Dschaparow persönlich zurück. Vor seinem ersten Amtsantritt im Oktober 2020 war keine Rede von einer Verfassungsänderung und derartige Forderungen waren auch kein Katalysator für die Proteste nach der Parlamentswahl. Als Übergangspräsident besaß Dschaparow *de jure* kein Recht, eine solch grundlegende Gesetzesänderung einzuleiten oder ein Referendum einzuberufen. Sein Vorhaben wurde mehrheitlich vom Parlament unterstützt, obwohl dieses nach dem Ablauf der Legislaturperiode nicht mehr berechtigt war, Änderungsanträge anzunehmen oder gar neue Gesetze zu verabschieden. Des Weiteren wurde sowohl die Parlamentsordnung als auch das Gesetzgebungsverfahren mehrfach verletzt. So fehlte ein entsprechender Beschluss der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofes, der für die Initiative zur Verfassungsänderung (laut Verfassung) nötig gewesen wäre. Zudem gab es keine Beratungstreffen von unabhängigen Expert\*innen, juristischen Fachleuten und Parlamentsabgeordnet\*innen, nachdem eine eigens dafür eingesetzte Kommission den Entwurf zur Änderung der Verfassung hinter verschlossenen Türen ausgearbeitet hatte. Der Verfassungsentwurf wurde nicht öffentlich diskutiert und hat nicht ordnungsgemäß drei Anhörungen im

Parlament durchlaufen. Die Veröffentlichung des ersten neuen Verfassungsentwurfs am 17. November 2020 löste eine heftige Kontroverse aus. Inhaltlich kommt die neue Verfassung der Version von 1993 nahe und überträgt die Macht zur Regierungsbildung vom Parlament zurück zum Präsidenten, wie es während der Regierungszeiten von Akajew und Bakijew bereits der Fall war. Die wichtigsten Änderungen betreffen die Erweiterung der Präsidentengewalt und seine Amtszeit, die Einführung eines Volksrates (kirg. *kurultai*), die Verringerung der Zahl der Parlamentarier und ihre Zuständigkeiten. Allerdings sind kaum Kontrollmechanismen enthalten, um einen Machtmissbrauch durch den Präsidenten zu verhindern. Zu den kritischsten Änderungen zählt Artikel 23, welcher gedruckte und elektronische Veröffentlichungen verbietet, die »allgemein anerkannten moralischen Werten und Traditionen der Menschen in Kirgistan« zuwiderlaufen. In der neuen Verfassung sind auch Klauseln entfernt worden, welche das bürgerliche Recht auf Informationsfreiheit regeln. Ebenfalls entfallen ist die Definition der Kirgisischen Republik als »säkularer Staat«.

Auf dem Stimmzettel für das Referendum konnte zwischen den beiden Regierungssystemen abgestimmt werden, ohne jedoch zu erwähnen, dass eine Entscheidung für ein präsidentiales System eine neue Verfassung voraussetzt. Die endgültige Verfassungsversion könnte ebenfalls per Referendum beschlossen werden. Letztlich wählten die Menschen die Präsidentschaft in Person und System mit der Annahme, dass damit ein »richtiger« Kampf gegen Korruption, unverantwortliche Führungsmentalität und Unzulänglichkeit des gegenwärtigen Regierungssystems starten würde. Für sie ist dem Parlamentarismus, der mit einem chaotischen, verantwortungslosen Zustand und einem gescheiterten Demokratie-Experiment gleichgesetzt wird, mit dieser Wahl ein Ende gesetzt.

### Quo vadis Kirgistan?

Nach wiederholten Staatsstreichen, die zu mehreren Verfassungsänderungen und Machtwechseln führten,

scheint erneut ein »gesetzesuntreuer« und »skrupelloser« Politiker die Führung übernommen zu haben. Die Schlüsselpositionen und Ämter wurden von den dominierenden Interessengruppen und den althergebrachten Clans ergriffen, die weiterhin nach klientelistischen Gewohnheiten und nicht nach dem Gesetz und demokratischen Regeln handeln. Das Eilreferendum und die Art der angestoßenen Verfassungsreform zeigen, dass Gesetze und Justiz weiterhin bloße Instrumente im Machtkampf sind. Die potenziell kriminellen Strukturen um Dschaparow sowie die jüngsten autoritären Signale lassen eine Stabilisierung des Landes oder gar demokratischen Fortschritt in weite Ferne rücken. Die Polarisierung unterschiedlicher Gesellschaftsschichten hat sich zugespitzt und die Wirtschaftskrise vertieft weiterhin die bestehenden Ungleichheiten. Die Pandemie stellt immer mehr Menschen vor existenzielle Herausforderungen. Die strukturellen Probleme des politischen Systems und die bevorstehenden Neuwahlen für das Parlament werden wahrscheinlich neue Turbulenzen und Konfliktkonstellationen mit sich bringen. Es bleibt abzuwarten, ob die progressiven Teile der Zivilgesellschaft die von Dschaparow initiierten Entwicklungen mittragen werden. Demokratische Rahmenbedingungen, Pressefreiheit und andere politisch-gesellschaftliche Spielräume drohen künftig beschnitten zu werden. Schließlich ist Dschaparows überwältigender Erfolg größtenteils von informellen, unsichtbaren und auch unberechenbaren Kräften geprägt. Diese werden versuchen, seine frisch erkämpfte, uneingeschränkte Exekutivgewalt als Präsident mit allen Mitteln zu festigen. Der neue politische Kurs könnte sämtliche demokratischen Errungenschaften der vergangenen fünfzehn Jahre zunichtemachen und die einstige »Insel der Demokratie« erneut im Autoritarismus versinken lassen.

#### *Über die Autorin:*

Dr. Mahabat Sadyrbek absolvierte Politik-, Sprach- und Rechtswissenschaften in Bischkek und Hannover, sowie European Studies in Brüssel. Ihre Promotion in der Rechtsanthropologie erfolgte zum Thema »Rechtspluralismus in Zentralasien« an der Humboldt Universität zu Berlin. Seit 2017 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung »Recht und Ethnologie« im Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle an der Saale. E-Mail: [sadyrbek@eth.mpg.de](mailto:sadyrbek@eth.mpg.de)

#### *Lesetipps:*

- Markus Ackeret: Auf Kirgistans neuem Präsidenten lasten enorme Erwartungen. In: Neue Züricher Zeitung vom 11.01.2021
- Mahabat Sadyrbek (2020): Kirgistan: Revolution unter Vorbehalt. In: International – Die Zeitschrift für Internationale Politik VI/2020
- Andrea Schmitz: Kirgistans dritte Revolution. In: SWP-Aktuell 2021/A 04, Januar 2021

## Neuer Präsident, altes Präsidialsystem? Kirgistan am Scheideweg zwischen Reformmöglichkeiten und weiterer Instabilität

Dr. Shairbek Dzhuraev (Crossroads Central Asia, Bischkek)

DOI: 10.31205/ZA.145.02

### Zusammenfassung

Im Oktober 2020 führten Proteste gegen die manipulierten Parlamentswahlen in Kirgistan zum Rücktritt von Präsident Sooronbaj Dscheenbekow. Im Januar 2021 wurde der ehemalige Parlamentsabgeordnete Sadyr Dschaparow nach einem erdrutschartigen Wahlsieg neuer Präsident. Die Ergebnisse des parallel durchgeführten Referendums bestätigen zudem die breite Zustimmung für ein präsidiales Regierungssystem in der kirgisischen Bevölkerung. Der Artikel beurteilt die jüngsten Entwicklungen und versucht, die wichtigsten Chancen und Gefahren herauszuarbeiten, die sich aus den Abstimmungsergebnissen für die Entwicklung und Stabilität Kirgistans ergeben.

### Einleitung

Im Januar 2021 wurde in Kirgistan ein neuer Präsident gewählt. Der frühere Parlamentsabgeordnete Sadyr Dschaparow konnte sich mit knapp 80% der Wählerstimmen eine überwältigende Mehrheit sichern. Zudem stimmten die meisten Wähler\*innen in einem parallel abgehaltenen Referendum für den Vorschlag Dschaparows, zu einem präsidialen Regierungssystem zurückzukehren. Die politischen Entwicklungen, die im Oktober 2020 ihren Anfang nahmen, sind damit auf zwei entscheidende Ergebnisse hinausgelaufen: Zum einen wurde das Präsidentenamt nun vorzeitig neu besetzt und zum anderen der Weg für eine grundlegende Verfassungsänderung freigemacht.

Welche Faktoren trugen zu den rasanten Veränderungen in der kirgisischen Politik bei und mit welchen Konsequenzen der Ereignisse ist in den kommenden Jahren zu rechnen? Diese Frage soll im Folgenden in drei Teilen beantwortet werden. Der erste Teil fasst kurz die Ereignisse zusammen, welche zur Präsidentschaftswahl am 10. Januar führten. Mit 80% der Stimmen besitzt eine neue Regierung unter Dschaparow theoretisch genug Rückhalt in der Bevölkerung, um dringend erforderliche Reformen effektiv durchzusetzen. Im zweiten Teil des Artikels soll deshalb ein Blick auf die Chancen geworfen werden, die sein Wahlsieg dem Land eröffnen könnte. Im letzten Teil soll anhand von drei Aspekten dargestellt werden, welche möglichen Gefahren dem Land drohen, falls der neue Präsident, bestärkt durch die hohe Zustimmung der Wähler\*innen, weiterhin auf populistische Machtdemonstrationen setzen sollte.

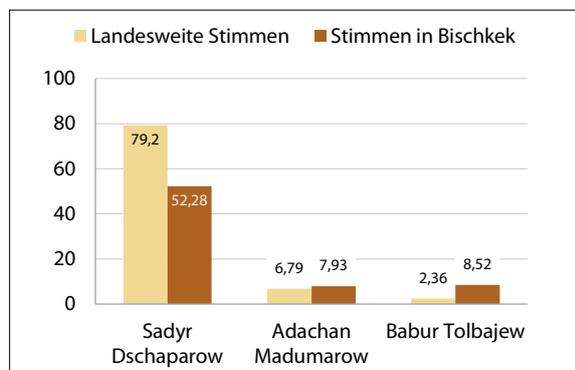
### Von Oktober 2020 bis Januar 2021: der Aufstieg von Sadyr Dschaparow

Gegen Ende des Jahres 2020 wurde Kirgistan von politischen Turbulenzen erfasst. Massenproteste führten zur Annullierung der Parlamentswahlen vom 4. Okto-

ber. Vom Schlimmsten ausgehend zogen sich Präsident Dscheenbekow und seine Regierung vollständig zurück und verschwanden für mehrere Tage von der Bildfläche. Die demonstrierenden Parteien fanden sich jedoch schon bald in einer politischen Sackgasse wieder. Während die einen »Lustrationen« (*aus dem Lateinischen »erhellen«, »reinigen«; gemeint ist hier die Entfernung von politisch oder juristisch vorbelasteten Mitarbeitern aus dem öffentlichen Dienst*) und die anderen Neuwahlen forderten, konnte Sadyr Dschaparow aus der verfahrenen Situation politischen Profit schlagen. Dschaparow, der gerade erst aus dem Gefängnis befreit worden war und auf den Straßen des Landes über eine treue Anhängerschaft verfügte, ging als großer Gewinner aus den politischen Unruhen hervor und schaffte es, die höchsten Staatsämter an sich zu reißen. Am 14. Oktober wurde er vom Parlament als neuer Premierminister bestätigt und am nächsten Tag zum Übergangspräsidenten ernannt.

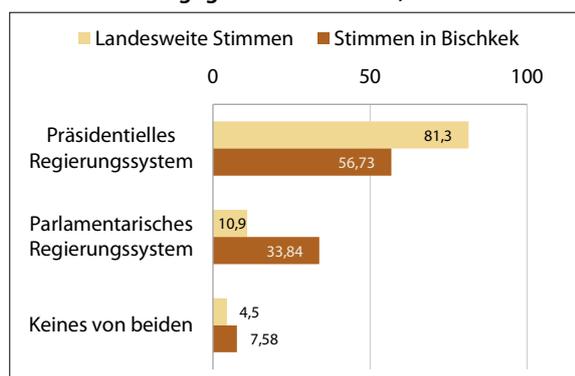
Drei Monate später wurde Dschaparow dann auch zum regulären Präsidenten des Landes gewählt. Mühe-los setzte er sich gegen 16 weitere Kandidat\*innen durch. Das Rennen war mehr oder weniger symbolischer Art, da Dschaparow keine ernsthafte Konkurrenz hatte. Er konnte sich fast 80% der Stimmen sichern, während der Zweitplatzierte Adachan Madumarow auf weniger als 7% kam. Obwohl es wenig zielführend ist, die kirgisische Politik aus dem Blickwinkel konkurrierender Ideologien zu betrachten, ist dennoch bemerkenswert, dass es keiner der liberal gesonnenen Kandidat\*innen geschafft hat, mehr als ein Prozent der Stimmen zu erreichen. Die Ergebnisse des am selben Tag abgehaltenen Referendums über die zukünftige Regierungsform des Landes entsprachen den Ergebnissen der Präsidentschaftswahl. Über 80% der Wähler\*innen sprachen sich für ein Präsidialsystem aus und ebneten so einer grundlegenden Revision der kirgisischen Verfassung den Weg.

**Grafik 1: Ergebnisse der Präsidentschaftswahl (die drei Kandidaten mit den meisten Stimmen, % der Stimmen)**



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Kirgisischen Republik, [https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11099/ballot-count?type=NW\\_ROOT](https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11099/ballot-count?type=NW_ROOT)

**Grafik 2: Ergebnisse des Referendums über das zukünftige Regierungssystem (% der abgegebenen Stimmen)**



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Kirgisischen Republik, [https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11101/ballot-count?type=NW\\_ROOT](https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11101/ballot-count?type=NW_ROOT)

Für einige waren die Wahlergebnisse ein ernüchternder Schock. Die Demonstrant\*innen hatten am 5. Oktober 2020 lediglich eine Wiederholung der Parlamentswahlen gefordert, jedoch weder eine Neuwahl des Präsidenten noch eine Änderung der Verfassung. Man kann also sagen, dass die Proteste von Dschaparow gekapert wurden. Kirgistan hatte für seine Versuche, ein parlamentarisches System zu etablieren, international viel Zuspruch erhalten. Nun stimmten die Menschen plötzlich dafür, zum alten Präsidialsystem zurückzukehren. Zweifel häuften sich, ob die gesamte Diskussion über die »parlamentarische Demokratie« in Kirgistan nicht nur von vorneherein fehlgeleitet und überzogen, sondern ihrer Natur nach auch nur auf einige wenige Viertel im Zentrum Bishkeks beschränkt gewesen war.

Gleichzeitig waren die Ergebnisse der Wahl keineswegs eine Überraschung. Erstens handelt es sich bei Dschaparow, ähnlich wie bei Kurmanbek Baki-

jew 2005 und Almasbek Atambajew 2011, de facto um einen »postrevolutionären Führer«, der vom Sturz seines unbeliebten Vorgängers profitiert. Die beispiellos niedrige Wahlbeteiligung von unter 40% verdeutlicht, dass es sich bei der Präsidentschaftswahl sowieso eher um einen symbolischen Akt handelte. Zweitens richtete sich Dschaparows Wahlkampf vor allem an Wähler\*innen in ländlichen Gebieten, wo seine populistische Rhetorik und seine demonstrative Geringschätzung rechtsstaatlicher Standards auf offene Ohren stießen. Wenig überraschend ist, dass sein Stimmenanteil unter den Wählern in Bishkek am niedrigsten war. Gleichzeitig waren die Zustimmungswerte für ein parlamentarisches Regierungssystem in der Hauptstadt am höchsten.

Zu guter Letzt offenbarten die Wahlergebnisse eine tiefer sitzende Unzufriedenheit der Bevölkerung über den vorherigen amtierenden Präsidenten, aber auch über das politische System im Ganzen. In den Augen der Demonstrant\*innen, die im Oktober 2020 in Bishkek auf die Straße gingen, mögen die gefälschten Wahlen das Hauptproblem gewesen sein, für breite Teile der Bevölkerung waren sie jedoch gewiss nicht das einzige.

Viele politische und zivilgesellschaftliche Aktivist\*innen zweifeln die Legitimität der Wahl weiterhin an. Manche kritisieren die fragwürdige Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, Dschaparow im Oktober 2020 freizusprechen. Andere behaupten, er hätte als amtsführender Interimspräsident überhaupt nicht zur Wahl antreten dürfen. In jedem Fall war es politisch verantwortungslos von Dschaparow, die Bevölkerung vor die beiden Alternativen »Parlamentarismus« oder »Präsidialsystem« zu stellen.

### Zwischen Popularität und Populismus: ein Blankoscheck für Reformen?

Die breite öffentliche Unterstützung, die Dschaparow genießt, bringt wesentliche Vorteile mit sich. Er könnte diese Ausgangssituation nutzen, um Reformen durchzusetzen, welche das Land dringend benötigt, die teilweise jedoch äußerst unbeliebt sind. In vielen Bereichen ist ein solches Vorgehen notwendig. Um den Kampf gegen die Korruption voranzubringen, effektiver Steuern einzutreiben und die öffentlichen Ausgaben zu verringern, wird eine Politik erforderlich sein, die für viele Menschen erst einmal mit weiteren Verlusten verbunden sein wird. In den letzten Jahrzehnten ist Kirgistan wirtschaftlich stark von äußeren Einnahmequellen abhängig geworden. Der Staatshaushalt wird zum Teil durch externe Geldgeber finanziert und viele Privathaushalte sind von den Rücküberweisungen kirgisischer Arbeitsmigrant\*innen abhängig. Bisherigen Reformprozessen standen meist die weitverbreitete Korruption, Inkompetenz und die hohen politischen Kos-

ten im Weg, die das jeweilige Regime für die Reformen zu zahlen hatte.

Dschaparows Wahlsieg beseitigt, zumindest für den Moment, ein Hindernis erfolgreicher Reformen: die politische Unsicherheit. Auch die überwältigende Unterstützung der Bevölkerung für ein Präsidialsystem könnte die Chancen verbessern, Reformen erfolgreich durchzusetzen. In kurzer Zeit staatliche Ressourcen mobilisieren und verteilen zu können, ist einer der wenigen Vorteile eines vertikalen Machtgefüges mit einer dominanten Stellung des Präsidenten. Für den Erfolg umstrittener Reformen ist es entscheidend, dass in den unterschiedlichen Bereichen deutliche Verbesserungen für die Menschen wahrnehmbar werden. Wenn Dschaparow es bewerkstelligen sollte, die allgegenwärtige Korruption spürbar zu senken und neue Arbeitsplätze im Land zu schaffen, könnten auch schmerzhaft Reformen auf genügend Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen.

Ein populärer Präsident, der über weitreichende Machtmittel verfügt, wäre tatsächlich in der Lage, solche Reformen anzustoßen. Allerdings gibt es einen – gar nicht mal so schmalen – Grat zwischen Popularität und Populismus. Dschaparows Wahlsieg beruhte weniger auf seinen Leistungen oder Ideen, sondern vielmehr darauf, dass er zur richtigen Zeit am richtigen Ort in Erscheinung trat. Sein Wahlkampf stützte sich vorwiegend auf populistische Slogans und seine Biografie. Als Politiker\*in persönlicher Verfolgung ausgesetzt gewesen zu sein, gilt in Kirgistan als Qualitätssiegel. Um den Rückhalt, den er in der Bevölkerung genießt, positiv zu nutzen, muss Dschaparow eine Vision für die Zukunft seines Landes formulieren, Schlüsselreformen anstoßen und ein bestmöglich qualifiziertes Team zusammenstellen, um die vor ihm liegenden Aufgaben meistern zu können.

### **Drei Gefahren, die Kirgistan nach der Wahl drohen**

Im Nachgang der Wahlen häufen sich düstere Prognosen über die Zukunft des Landes. Einige Beobachter wiesen auf die Vorwürfe gegen Dschaparow hin, sowohl mit Kriminellen als auch mit dem früheren Präsidenten Bakijew in Kontakt zu stehen. Andere werfen ihm vor, hohe Ämter mit seinen Freunden und Verwandten besetzen zu wollen. Welche dieser Vorwürfe tatsächlich berechtigt sind, wird sich vor allem in den nächsten Tagen nach seiner Amtseinführung zeigen. Es gibt allerdings auf einer allgemeineren Ebene drei zentrale Bereiche, in denen ein populistischer, durch Rückkehr zum Präsidialsystem mit enormer Macht ausgestatteter Präsident eine Gefahr darstellen kann. Diese Gefahren sind nicht unausweichlich, es wird jedoch besonderer Anstrengungen bedürfen, ihnen vorzubeugen.

### **Erosion von Institutionen und Rechtsstaatlichkeit**

Die wichtigste unmittelbare Gefahr ist eine mögliche populistische Attacke auf die politischen Institutionen des Landes, insbesondere den Rechtsstaat. Der Aufstieg von Populisten wird meist dadurch ermöglicht, dass die bestehenden Institutionen eines Landes in den Augen der Bevölkerung versagt haben. Gleichzeitig tragen Populisten selbst aktiv zur Erosion dieser Institutionen bei. Sadyr Dschaparows erdrutschartiger Wahlsieg wird ihn wohl in der Annahme bestärken, im Namen »des Volkes« zu sprechen. Wenn der »Wille des Volkes« jedoch gegen die Gewaltenteilung und das bestehende System politischer Regeln in Stellung gebracht wird, entsteht eine gefährliche Situation. Die ersten Anzeichen einer populistischen Geringschätzung politischer Institutionen wurden bereits sichtbar. So ließ Dschaparow vor Kurzem verlautbaren, dass allen, die gegen das Referendum protestiert haben, »eine Lektion erteilt werden sollte«. Schließlich würden sie den Menschen ihr Recht absprechen wollen, sich selbst für eine Regierungsform zu entscheiden. Außerdem haben seine Verbündeten bereits deutlich gemacht, dass sie im Kampf gegen die Korruption eher auf Verhandlungen mit den Verdächtigen hinter verschlossenen Türen setzen wollen, anstatt den vorgeschriebenen Rechtsweg zu nutzen und ordnungsgemäße Gerichtsverfahren gegen sie einzuleiten.

Dabei wäre es ein Missverständnis, anzunehmen, dass sich Dschaparows Vorgänger an rechtsstaatliche Standards gehalten hätten. Vielmehr lässt sich das hohe Maß an öffentlicher Unterstützung für außerrechtliche Maßnahmen gerade durch die chronische Missachtung und Geringschätzung des geltenden Rechts durch sämtliche Präsidenten der letzten Jahre erklären. Der entscheidende Unterschied, den die neue Situation bringen könnte, ist ein anderer, nämlich die Möglichkeit, dass sich der neue Präsident bei der Missachtung von Normen und Gesetzen in populistischer Weise auf ein explizites »Mandat des Volkes« beruft. Einige Maßnahmen werden tatsächlich mit öffentlicher Zustimmung rechnen können. Die Verhaftung von Raimbek Matraimow, seinerseits Protagonist eines der größten Korruptionsskandale der Geschichte Kirgistans, und die Festnahme des berüchtigten Kriminellen Kamchi Kolbajew wirkten inszeniert. Sie signalisierten der allgemeinen Öffentlichkeit jedoch Dschaparows Bereitschaft, Maßnahmen zu ergreifen, zu denen sich Dscheenbekow nicht durchringen konnte. Die Missachtung rechtsstaatlicher Verfahren, um Gerechtigkeit walten zu lassen, führt aber schnell zur wiederkehrenden Überschreitung immer neuer roter Linien. Wird die Rechtsstaatlichkeit im Namen »des Volkes« ausgehöhlt, stellt dies zunächst für vulnerable Gruppen und Minderheiten eine Gefahr dar, wovon später jedoch auch schnell weitere Bevölkerungsteile betroffen sein könnten.

### »Teufelskreise« des Präsidentialismus

Das Referendum vom Januar könnte den anhaltenden Kreislauf politischer Instabilität, welche Kirgistan seit Jahren erlebt, weiter fortsetzen. Obwohl Kirgistan dafür bekannt ist, demokratischer als die anderen Länder der Region zu sein, hat bisher noch keine Regierung ihre Macht friedlich an die Opposition übergeben. Bei vergangenen Wahlen wurde entweder der Amtsinhaber wiedergewählt oder die Macht an einen seiner engen Verbündeten übergeben. Nach dem Sturz Kurmanbek Bakijew im April 2010 beschrieb der Politikwissenschaftler Eric McGlinchey die Dynamik der Regimewechsel in Kirgistan als einen Staffellauf im Kreis, bei dem sich eine kleine Gruppe von Leuten immer wieder gegenseitig ablöse. Die zukünftige Rückkehr zum Präsidentsystem könnte weitere solcher Instabilitätszyklen hervorbringen, die Guillermo O'Donnell auch die »Teufelskreise des Präsidentialismus« genannt hat.

Um der »Coup-Fälle« zu enttrinnen, braucht Kirgistan die Erfahrung und Institutionalisierung friedlicher Machtwechsel. Dies zu ermöglichen ist besonders dann schwierig, wenn in einer schwachen Demokratie ein starker Präsidentialismus herrscht. Da in einem solchen System das Prinzip *The Winner Takes It All* gilt, sind die politischen Kosten einer verlorenen Wahl zu hoch. In einem parlamentarischen System kann die Regierungspartei oder -koalition einen unbeliebten Premierminister problemlos austauschen. Dementgegen zeigt die Erfahrung Kirgistans, dass ungeliebte Präsidenten ihren Posten nicht räumen, solange sie nicht dazu gezwungen werden.

Dschaparow muss laut und deutlich erklären, dass er die von der Verfassung vorgeschriebene Amtszeitbeschränkung respektieren, ordnungsgemäße und faire Wahlen sicherstellen und, sobald seine Amtszeit endet, abtreten wird. Nur dann kann Kirgistan der Gefahr weiterer politischer »Teufelskreise« enttrinnen. Das setzt jedoch voraus, dass Dschaparow die Institutionen des Landes auch im politischen Tagesgeschäft respektiert und zu ihrer weiteren Festigung beiträgt.

### Abdriften in eine internationale Außenseiterrolle

Falls die oben genannten Gefahren eintreten, könnte Kirgistan zudem in eine internationale Außenseiterrolle geraten. Bisher hat sich das Land eine recht eigene Rolle innerhalb der internationalen Politik gesichert: Wirtschaftlich schwach und von Armut geplagt, hat es Kirgistan dennoch geschafft, engagierte Entwicklungspartner an sich zu binden. Während die Regierungen Kirgistans in der Vergangenheit im Allgemeinen wenig demokratisch agierten, haben sie sich zugleich nicht gescheut, einige der erfolgreichsten Praktiken funktionaler Demokratien zu übernehmen. International konnten sie so weitestgehend stabile Beziehungen mit verschiedenen Akteuren aufrechterhalten. Ob andere

Länder in Kirgistan jedoch weiterhin einen verlässlichen Partner sehen werden, oder das Land international zunehmend als Belastung wahrgenommen wird, wird von den weiteren Entwicklungen in der Zeit nach Januar abhängen.

Dass es sich bei einigen staatlichen Strukturen in Kirgistan eher um Potemkinsche Dörfer handelt, hat bereits die Covid-19-Pandemie offenbart. Schon bevor das Virus Kirgistan erreichte, hat sich die Führung des Landes rasch um externe Hilfen bemüht, um überhaupt einigermaßen angemessen auf die Pandemie reagieren zu können. Diese Tatsache hätte für etwas weniger Entsetzen gesorgt, wenn die bereitgestellten Hilfen nicht massiv veruntreut worden wären. Zumindest behauptet die Regierung, dies herausgefunden zu haben. Vor diesem Hintergrund brauchen die internationalen Partner Kirgistans nichts weniger als einen weiteren Zyklus politischer Instabilität mit erneuten Umverteilungen von Ressourcen, auf die wiederum neue Hilfsgesuche folgen.

Um das Abdriften in eine Außenseiterrolle zu verhindern, reicht es nicht aus, den internationalen Partnern verbal ständig die eigenen guten Absichten zu versichern. Genauso wenig braucht es Versuche, ihnen gegenüber grundlos hart aufzutreten. Die neue Führung muss eine eindeutige Botschaft an die Welt senden, wie sie sich die künftige Entwicklung ihres Landes vorstellt, welche Strategie sie in ihren internationalen Beziehungen verfolgt und welche Normen sie bereit ist zu respektieren und zu verteidigen.

### Fazit

Kirgistan steht nach den im Januar abgehaltenen Präsidentschaftswahlen an einem Scheideweg. Die bandenmäßige Machtübernahme im Oktober 2020 brachte Dschaparow international wenig Ansehen ein. Die Bevölkerung hat der neuen Regierung jedoch ein deutliches Vertrauensvotum ausgesprochen. Wird die neue Führung Wege finden, die einheimische Wirtschaft zu stärken und die äußere Abhängigkeit bei der Grundversorgung des Landes mit lebensnotwendigen Gütern zu verringern? Wird die neue Führung sicherstellen, dass sich die Politik künftig innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen bewegt oder neue Versuche starten, um auf extralegalem Weg ihre Macht zu erhalten? Wird die neue Führung die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten und dem Land anstelle neuer Gefahren und Misserfolge neue Chancen ermöglichen? Wie die Antworten auf diese Fragen auch ausfallen mögen, nur die Zukunft wird zeigen, ob Kirgistan wirklich gestärkt aus den jüngsten politischen Unruhen hervorgegangen ist.

*Übersetzung aus dem Englischen: Armin Wolking*

*Informationen über den Autor finden Sie auf der nächsten Seite.*

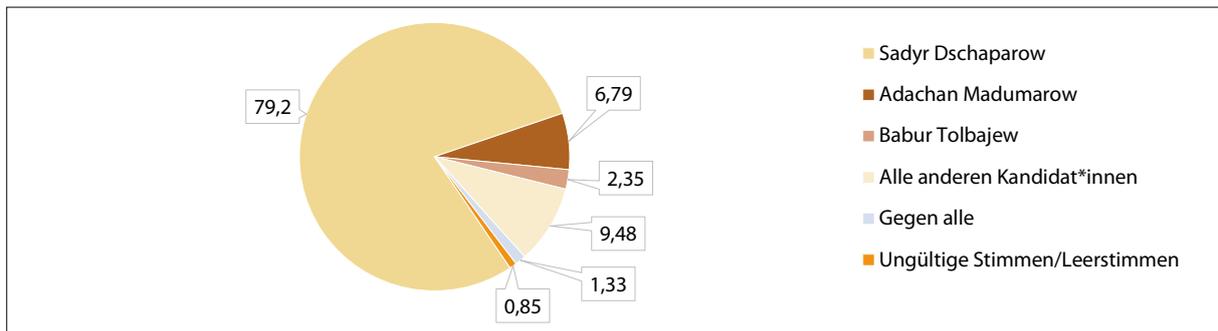
*Über den Autor:*

Dr. Shairbek Dzhuraev ist Mitbegründer und Präsident von Crossroads Central Asia, einem in Bischkek ansässigen Forschungsinstitut. Er ist zudem Postdoktorand der Volkswagenstiftung an der OSZE-Akademie in Bischkek, deren stellvertretender Direktor er zuvor war. Er war ebenfalls Dekan für akademische Entwicklung an der American University of Central Asia. Er ist Mitglied von PONARS Eurasia, der Beratungsgruppe des Europe-Central Asia Monitoring (EUCAM) und des European Neighbourhood Council. Seine Forschungsinteressen umfassen politische Regime, internationale Beziehungen und Außenpolitikgestaltung in Zentralasien. Er hält einen Doktor von der University of St. Andrews und einen Master of Science von der London School of Economics and Political Science (LSE), jeweils im Fach in internationale Beziehungen.

## DOKUMENTATION

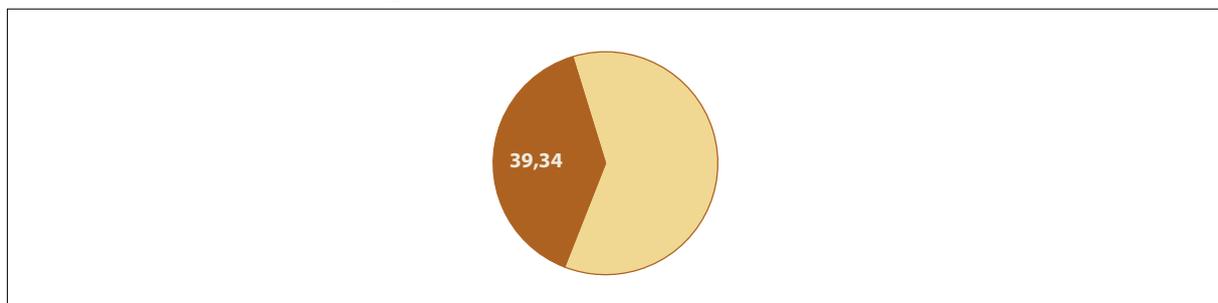
## Ergebnisse der vorgezogenen Präsidentschaftswahl und des Referendums zur Bestimmung der Regierungsform in Kirgistan am 10. Januar 2021

**Grafik 1:** Amtliches Endergebnis der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in Kirgistan vom 10. Januar 2021 (in % der abgegebenen Stimmen)



Quelle: Wahlinformationssystem der Zentralen Wahlkommission der Kirgisischen Republik ([https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11099/ballot-count?type=NW\\_ROOT](https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11099/ballot-count?type=NW_ROOT)), aufgerufen am 27.01.2021

**Grafik 2:** Wahlbeteiligung bei der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in Kirgistan vom 10. Januar 2021 (in % der Wahlberechtigten)



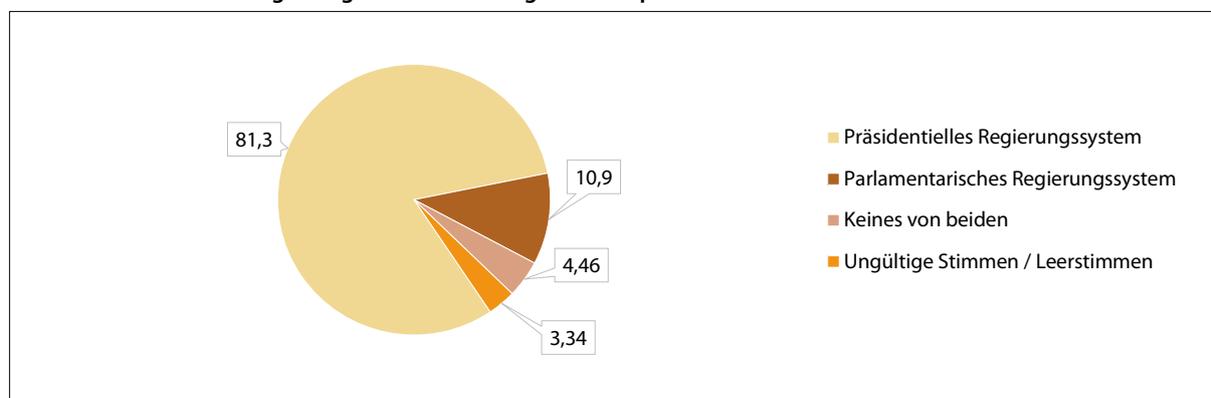
Quelle: Wahlinformationssystem der Zentralen Wahlkommission der Kirgisischen Republik ([https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11099/ballot-count?type=NW\\_ROOT](https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11099/ballot-count?type=NW_ROOT)), aufgerufen am 27.01.2021

Tabelle 1: Amtliches Endergebnis der vorgezogenen Präsidentschaftswahl in Kirgistan vom 10. Januar 2021

Kandidat	Stimmen	%
Sadyr Dschaparow	1.110.412	79,20
Adachan Madumarow	95.192	6,79
Babur Tolbajew	33.012	2,35
Myktybek Arstanbek	23.625	1,69
Abdil Segisbajew	20.353	1,45
Imamidin Taschow	16.546	1,18
Klara Sooronkulowa	14.015	1,00
Ajmen Kasenow	12.668	0,90
Ulukbek Kotschkorow	9.409	0,67
Kanatbek Isajew	8.046	0,57
Eldar Abakirow	7.015	0,50
Baktybek Kalmamatow	6.913	0,49
Kursan Asanow	6.890	0,49
Rawschan Dscheenbekow	2.652	0,19
Kanybek Imanalijew	2.491	0,18
Dschenischbek Bajguttijew	1.325	0,09
Arstanbek Abdyldajew	1.158	0,08
Raschid Tagajew (Kandidatur zurückgezogen)	0	0
Gegen Alle	18.709	1,33
<b>Gültige Stimmen insgesamt</b>	<b>1.390.431</b>	<b>99,15</b>
Ungültige Stimmen / Leerstimmen	11.612	0,85
<b>Abgegebene Stimmen insgesamt</b>	<b>1.402.043</b>	<b>100,00</b>
<b>Wahlberechtigte / Wahlbeteiligung</b>	<b>3.563.574</b>	<b>39,34</b>

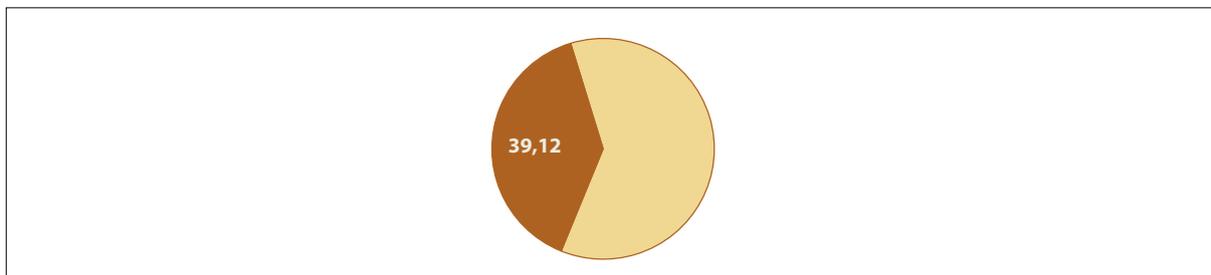
Quelle: Wahlinformationssystem der Zentralen Wahlkommission der Kirgisischen Republik ([https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11099/ballot-count?type=NW\\_ROOT](https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11099/ballot-count?type=NW_ROOT)), aufgerufen am 27.01.2021

Grafik 3: Amtliches Endergebnis des Referendums zur Bestimmung der Regierungsform in Kirgistan vom 10. Januar 2021 (in % der abgegebenen Stimmen)  
»Welche Regierungsform für die Kirgisische Republik befürworten Sie?«



Quelle: Wahlinformationssystem der Zentralen Wahlkommission der Kirgisischen Republik ([https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11101/ballot-count?type=NW\\_ROOT](https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11101/ballot-count?type=NW_ROOT)), zuletzt aufgerufen am 27.01.2021

**Grafik 4: Beteiligung am Referendum zur Bestimmung der Regierungsform in Kirgistan vom 10. Januar 2021 (in % der Stimmberechtigten)**



Quelle: Wahlinformationssystem der Zentralen Wahlkommission der Kirgisischen Republik ([https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11101/ballot-count?type=NW\\_ROOT](https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11101/ballot-count?type=NW_ROOT)), zuletzt aufgerufen am 27.01.2021

**Tabelle 2: Amtliches Endergebnis des Referendums zur Bestimmung der Regierungsform in Kirgistan vom 10. Januar 2021**  
»Welche Regierungsform für die Kirgisische Republik befürworten Sie?«

Auswahl	Stimmen	%
Präsidentielles Regierungssystem	1.133.485	81,30
Parlamentarisches Regierungssystem	151.931	10,90
Keines von beiden	62.149	4,46
<b>Gültige Stimmen Insgesamt</b>	<b>1.347.565</b>	<b>96,66</b>
Ungültige Stimmen / Leerstimmen	46.653	3,34
<b>Abgegebene Stimmen Insgesamt</b>	<b>1.394.218</b>	<b>100</b>
<b>Abstimmungsberechtigte / Abstimmungsbeteiligung</b>	<b>3.563.574</b>	<b>39,12</b>

Quelle: Wahlinformationssystem der Zentralen Wahlkommission der Kirgisischen Republik ([https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11101/ballot-count?type=NW\\_ROOT](https://newess.shailoo.gov.kg/en/election/11101/ballot-count?type=NW_ROOT)), zuletzt aufgerufen am 27.01.2021

## Parlamentswahlen in Kasachstan

Daniyar Kussainov (University of Central Asia, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Almaty)  
DOI: 10.31205/ZA.145.03

### Editorial

Im Januar 2021 wählte Kasachstan ein neues Parlament und erlebte eine Welle staatlicher Repressionen gegen unabhängige Wahlbeobachter. Zuvor erfolgte Wahlreformen konnten den unfreien und intransparenten Charakter der Wahlen nicht verschleiern. Daniyar Kussainov über die Hintergründe, Wahlbeobachter als Akteure in der Zivilgesellschaft, »kosmetische Reformansätze« unter Präsident Tokajew und warum Kasachstan vermutlich keine Protestwellen wie in Belarus oder Kirgistan erwarten.

### Drei Fragen und Antworten zu den Parlamentswahlen

Am 10. Januar 2021 fanden in Kasachstan die ersten Parlamentswahlen unter Präsident Kassym-Dschomart Tokajew statt. Zum besseren Verständnis der Wahlen wird nachfolgend drei Fragen nachgegangen:

1. *Welche Parteien sind angetreten?*
2. *Wie lief die Wahl ab?*
3. *Gibt es relevante Wahlgesetzänderungen?*

#### Welche Parteien sind angetreten?

Insgesamt sind in Kasachstan sechs Parteien registriert, von denen fünf an der Wahl teilnahmen und Kandidatenlisten aufstellten. Die als oppositionell geltende »Gesamt-nationale Sozialdemokratische Partei« boykottierte die Wahlen. Die fünf Parteien, die zur Wahl antraten, waren Nur Otan, Ak Dschol, die Volkspartei Kasachstans (NPK, vormals Kommunistische Volkspartei), Adal (vormals *Birlik*) und Auy. Die ersten drei Parteien waren bereits im Parlament vertreten. Insgesamt haben die Parteien 312 Kandidaten und 90 Kandidatinnen (Anteil von 29 %) aufgestellt. Beim Blick in die Kandidatenliste fällt auf, dass lediglich zwei Parteien ausreichend Kandidat\*innen nominiert haben, um überhaupt eine parlamentarische Mehrheit bilden zu können. Mit 126 bzw. 113 Kandidat\*innen konnten lediglich Nur Otan und die Volkspartei eine Mehrheit in der Mädschilis, dem parlamentarischen Unterhaus, bilden. Ak Dschol (38), Auy (19) und Adal (16) nominierten derartig wenige Kandidat\*innen (siehe Klammern), dass sie in keinem Wahlausgangsszenario einen realen Machtanspruch erheben könnten.

#### Wie lief die Wahl ab?

Kommentarspalten im Internet deuteten bereits im Vorfeld der Abstimmung an, dass die Bevölkerung die Wahlen eher lustlos verfolgte. Das politische System Kasachstans lässt viele die Parlamentswahl eher als Rudiment, im Sinne eines funktionslosen Organs, betrachten. Der Wahlkampf war wie gewohnt langweilig und fade. Die Anti-Corona-Maßnahmen trugen hierzu bei, da ein vollwertiger Wahlkampf nicht erlaubt war. Es gab keine

auffälligen Wahlkampfveranstaltungen. Die Kandidatenlisten wurden von öffentlicher Seite eher mit Desinteresse betrachtet. Zu den spannendsten Fragen gehörte vermutlich, welche Rolle die Tochter des Ersten Präsidenten Kasachstans, Dariga Nasarbajewa, künftig einnehmen wird. Sie kandidierte bei der Wahl für Nur Otan, nachdem Tokajew sie im Mai 2020 vom Posten des Senatsvorsitzenden (Oberhaus des Parlaments), dem zweithöchsten Amt in der politischen Hierarchie, entfernt hatte.

Die Wahl für die 107 Abgeordneten der Mädschilis ist auf zwei Wahlgänge aufgeteilt: Am Wahltag, dem 10.01.2021, konnten die Wahlberechtigten 98 Abgeordnete wählen. Am darauffolgenden 11. Januar wurden neun weitere Abgeordnete durch die »Versammlung des Volkes von Kasachstan« gewählt. Hierbei handelt es sich um ein Repräsentations- und Konsultativorgan, in dem die einzelnen ethnischen Gruppen des Land vertreten sind. Vorsitzender auf Lebenszeit ist Nursultan Nasarbajew, der Erste Präsident Kasachstans.

#### Gibt es relevante Wahlgesetzänderungen?

Im Vorfeld der Wahlen waren einige Reformen in der Partei- und Wahlgesetzgebung vorgenommen worden, welche jedoch rein »kosmetischer« Art waren. Parteilisten sollen laut einer neuen Quote zu 30 % aus Frauen und/oder jungen Kandidaten bestehen. Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass die Quote nur für die Parteilisten gilt. Die Parteien sind bei der finalen Entsendung ihrer Abgeordneten ins Unterhaus nicht verpflichtet, sich an diese Quote zu halten. Eine weitere Änderung betrifft die regionalen Gesetzgebungsorgane (*Mäslichate*), die zum ersten Mal ebenfalls ausschließlich über Parteilisten gewählt wurden. Im Konkreten hat diese Neuerung unabhängige und selbstnominierte Kandidat\*innen von vornherein ausgeschlossen. Für die Registrierung einer Partei sind außerdem nur noch 20.000 Unterschriften von Unterstützer\*innen notwendig, zuvor waren es 40.000. Dennoch scheiterten allein seit Oktober 2019 insgesamt acht Initiativgruppen an der Registrierung als Partei. Die letzte Partei, die offiziell registriert wurde, war *Birlik*, im Jahr 2013. Die hier exemplarisch gelisteten

Reformansätze verdeutlichen, dass sie kaum konkrete Auswirkungen auf die Wahl oder ihren Ausgang hatten.

### **Parallelen und Unterschiede zu Belarus und Kirgistan**

Die jüngsten Protestereignisse in Belarus und Kirgistan dürfen bei der kasachstanischen Regierung Sorge erweckt haben, dass sich derartige Dynamiken auch im eigenen Land entwickeln. Landesweit sinkende Einkommen und die Polarisierung sozialer Spannungen durch die Coronapandemie könnten schließlich auch in Kasachstan einen Ausgangspunkt für Proteste bilden. Dennoch muss an dieser Stelle auf die erheblichen Unterschiede zwischen Kasachstan, Belarus und Kirgistan hingewiesen werden.

### **Die Strahlkraft westlicher Staaten auf die Zivilgesellschaft**

Die außenpolitischen Vorstellungen und gesellschaftlichen Ideale westlicher Staaten haben einen deutlich stärkeren Einfluss auf Belarus und Kirgistan, als es in Kasachstan der Fall ist. Im Fall von Belarus ist es die geographische Nähe zur Europäischen Union, welche Demokratisierungsprozesse in ihrer direkten östlichen Nachbarschaft forciert. Im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) werden zahlreiche zivilgesellschaftliche Projekte in Belarus gefördert.

Beim Blick nach Kirgistan fällt zunächst auf, dass das Land mehr NGOs als alle anderen zentralasiatischen Republiken zusammen aufweist. Dies hat auch konkrete Auswirkungen auf die Entwicklung der kirgisischen Zivilgesellschaft. Die internationalen Entwicklungsorganisationen, von denen Kirgistan Zuwendungen erhält, knüpfen ihr Engagement an konkrete Bedingungen, wie die Einhaltung demokratischer Normen.

Abgesehen vom Interesse für seine Bodenschätze zieht Kasachstan deutlich weniger Aufmerksamkeit seiner westlichen Partner auf sich. Während sowohl Belarus als auch Kirgistan von internationalen Austauschprogrammen profitieren, werden kasachstanische Studierende hierbei benachteiligt. Für sie gibt es deutlich weniger Möglichkeiten, an geförderten akademischen Austauschprogrammen teilzunehmen. Ein Grund hierfür könnte sein, dass Kirgistan und Belarus vergleichsweise arm sind, während Kasachstan vor allem dank der Öl- und Gasvorkommen der wohlhabendste Staat Zentralasiens ist.

### **Die Rolle der Opposition**

In Kasachstan gibt es keine nennenswerte Opposition und auch keine Symbolfiguren wie etwa die belarussische Oppositionsführerin Swjatlana Zichanouskaja. Ihre Aktivitäten wurden zwar auch in Kasachstan mit Interesse und teilweise Solidarität verfolgt, dennoch bleibt die Ausgangslage im Land eine andere. In den vergangenen Jahren spielte die Opposition bei kasachstanischen Wahlen eher

eine »dekorative Rolle«. Exemplarisch hierfür steht Amirdschan Kossanow, der als scheinoppositioneller Kandidat bei der Präsidentschaftswahl im Juni 2019 antrat. Offenbar wurden die Ergebnisse in mehreren Wahlkreisen zu seinen Ungunsten nachträglich manipuliert. Zumindest legten dies Dokumente nahe, die unabhängigen Wahlbeobachtern zugespielt wurden. Kossanows Unterstützer\*innen, die in ihm eine tatsächliche Alternative sahen, versuchten damals, gegen diese Manipulationen vorzugehen und hielten sogar einige spontane Demonstrationen ab. Trotz der Hinweise auf Wahlmanipulationen hat Kossanow, noch vor dem Vorliegen der offiziellen Endergebnisse, Präsident Tokajew persönlich zum Wahlsieg gratuliert.

Vermutlich hat die Regierung im Vorfeld der diesjährigen Parlamentswahlen ihre Schlüsse aus der Causa Kossanow gezogen und daher diesmal ganz auf die Präsentation einer vermeintlich handzahmen »Oppositionspartei« verzichtet.

### **Meinungsumfragen-Verbot?**

In Belarus kursiert ein Internet-Meme mit dem Slogan »Sascha 3%«, in Anspielung auf die niedrigen Online-Umfragewerte von Machthaber Aljaksandr [»Sascha«] Lukaschenka. Eine Parallele zwischen Belarus und Kasachstan ist die strenge Regulierung von Meinungsumfragen. So ist es in Kasachstan lediglich 10 staatsnahen Organisationen gestattet, Nachwahlbefragungen durchzuführen. Die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen nicht-autorisierter Institute löst bei der kasachstanischen Regierung mitunter heftige Reaktionen aus. Auch Nutzer des in Kasachstan beliebten Telegram-Messengers bleiben von Abmahnungen der Staatsanwaltschaft nicht verschont, wenn sie inoffizielle Umfragen durchführen bzw. deren Ergebnisse verbreiten.

### **Wahlen im kasachstanischen Winter**

Die Parlamentswahlen fanden mitten im strengen kasachstanischen Winter statt. Die Temperaturen der Hauptstadt Nur-Sultan fallen in dieser Zeit oftmals auf  $-25^{\circ}\text{C}$ , klimatische Bedingungen, die Massenproteste eher unwahrscheinlich machen. Die belarussische Präsidentschaftswahl im August 2020 hingegen fand bei deutlich angenehmerem Wetter statt ( $+24^{\circ}\text{C}$  in Minsk) und auch im kirgisischen Bischkek lag die Temperatur am Wahltag im Oktober 2020 bei  $+18^{\circ}\text{C}$ .

Trotz der klimatisch widrigen Umstände bildeten sich am Tag der Wahl in Almaty mindestens zwei kleinere Gruppen friedlicher Protestierender, die von der Polizei eingekesselt und fast 9 Stunden lang bei Minustemperaturen festgehalten wurden. Den Eingekesselten wurden sogar Toilettengänge verwehrt. Kasachstan zählt zu den Staaten mit den meisten Polizist\*innen in Relation zur Bevölkerung, wobei das Land bei diesem Wert sogar noch vor Belarus liegt.

## Staatliche Repressionen gegen Wahlbeobachter

Trotz aller bisher genannten Umstände ließ sich eine gewisse Nervosität der Regierung im Hinblick auf die Wahlen feststellen. Sie machte kein Geheimnis aus ihrer unverhohlenen Feindschaft gegenüber unabhängigen Wahlbeobachtern von NGOs. Der Rückzug Nursultan Nasarbajew vom Präsidentenposten hatte 2019 zu einer Mobilisierung der Zivilgesellschaft geführt. Die Regierung zog nun ihre Lehren aus der Präsidentschaftswahl von 2019, als es eine für Kasachstan beispiellose Zunahme einheimischer Wahlbeobachter gegeben hatte. Diesmal versuchte sich die Regierung im Vorfeld abzusichern und alles Erdenkliche zu unternehmen, damit möglichst wenige unabhängige Organisationen und Personen die Wahlen beobachten können. Bereits 2016 verweigerten Wahlkommissionen unabhängigen Kandidat\*innen die Registrierung zur Teilnahme an den Lokalwahlen, nachdem Finanzbehörden »Unstimmigkeiten in den Steuerunterlagen« festgestellt hatten. Bei den diesjährigen Wahlen zeichnete sich gegenüber unabhängigen Wahlbeobachtern eine ähnliche Praxis ab, als mindestens 20 zivilgesellschaftliche Organisationen durch derartige Vorwürfe unter erheblichen Druck gesetzt wurden. Nennenswert ist in diesem Zusammenhang insbesondere die NGO *Echo*, die wenige Tage nach der Wahl zu einer Geldstrafe von 2.100 Euro aufgefordert wurde und ihre Tätigkeiten nun bis zum 15. April 2021 einzustellen hat. Offizieller Grund für die Sanktionierung ist die angeblich inkorrekte Erklärung über ausländische Finanzierungsquellen. Die Zentrale Wahlkommission erließ im Dezember 2020 außerdem eine Verordnung, wonach nur solche Wahlbeobachter registriert werden, deren Entsendeorganisation Wahlbeobachtung explizit als eine ihrer Haupttätigkeiten in der Satzung aufführt. Foto- und Videoaufnahmen in den Wahllokalen durften auf Erlass der Zentralen Wahlkommission außerdem nur noch nach dem Einverständnis der abgebildeten Personen veröffentlicht und ansonsten ausschließlich für gerichtliche Verfahren verwendet werden.

### Pandemie als Vorwand für Repressionen

Im Namen des Infektionsschutzes wurden weitere Repressalien gegen kritische Wahlbeobachter angewandt. Der Oberste Amtsarzt von Kasachstan legte kurz vor den Wahlen fest, dass alle Wahlbeobachter zum Betreten der Wahllokale einen negativen PCR-Corona-Test vorweisen müssen. Einen Tag vor der Wahl veröffentlichte die Gesundheitsbehörde von Almaty eine Liste von Laboren, deren PCR-Tests nicht anerkannt würden. Es waren ausgerechnet genau die Labore, bei denen sich rund 100 unabhängige Wahlbeobachter zuvor haben testen lassen. Außerdem konnten die lokalen Kommissionen Wahlbeobachtern den Zutritt zu den Wahllokalen

mit Verweis auf die zulässige Höchstzahl der Anwesenden im Raum verwehren.

### Staatstreue Beobachter

Am Wahltag waren die Wahllokale landesweit voll mit Beobachtern von staatsnahen NGOs (sog. GONGOs). Die meisten von ihnen zeigten keinerlei Interesse am Geschehen. Die Kommissionen in den Wahllokalen hatten versucht, sämtliche freie Slots mit den GONGO-Wahlbeobachtern zu besetzen.

In den Vorjahren durften internationale Beobachter aus befreundeten autoritären Staaten den Wahlen im Nachgang über staatliche Medien ein absolut positives Zeugnis ausstellen. Dieses Jahr wurde diese Rolle auch von einheimischen staatstreuen Wahlbeobachtern übernommen. Unmittelbar nach den Wahlen meldeten sich die Führungsriege der GONGOs zu Wort. Wie zu erwarten stellten sie nur unwesentliche Verstöße fest und bescheinigten den Wahlen ein rundum positives Zeugnis. An dieser Stelle sei angemerkt, dass das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE noch nie eine Wahl in Kasachstan als »im Einklang mit demokratischen Standards« bewertet hat.

### Wahlausgang

Der Wahlausgang selbst war vorhersagbar: *Nur Otan* erhielt 71,09% der Stimmen, *Ak Dschol* 10,95%, die Volkspartei 9,10%, *Auyl* 5,29% und *Adal* 3,57%. Die Wahlbeteiligung lag bei 63,3%. Dadurch blieb das Kräfteverhältnis der Parteien qualitativ erhalten: *Nur Otan*, *Ak Dschol* und die Volkspartei übersprangen die 7-Prozent-Hürde und zogen erneut ins Parlament ein. *Nur Otan* erhielt 76 Mandate, *Ak Dschol* 12 und die Volkspartei 10. Darüber hinaus wurden regulär 9 Abgeordnete durch die Versammlung des Volkes gewählt.

### Schlussfolgerungen

Die Wahl hatte wenig Einfluss auf die strukturelle Zusammensetzung der neuen Mädschilis: Während das Durchschnittsalter leicht sank, stagnierte der Anteil der weiblichen Abgeordneten bei 27%. Von der jüngeren, »neuen« Abgeordnetengeneration sind jedoch kaum drastische Politikwechsel zu erwarten. Teilweise ist der sich langsam vollziehende Generationenwechsel auch dem Umstand geschuldet, dass ein beachtlicher Teil der Angehörigen des vorherigen Unterhauses kurz vor der Pensionierung stand.

Auf den ersten Blick lassen die oberflächlichen, »kosmetischen« Änderungen der Wahlgesetzgebung einen gewissen Reformwillen von staatlicher Seite erkennen. Die jüngsten systematischen Repressionen gegen Wahlbeobachter machen es jedoch sehr schwer, hinter diesem Willen mehr als bloße Symbolpolitik zu erkennen. Die Öl- und Gasvorkommen des Landes ermöglichen dem Regime die Fortsetzung einer repressiven Politik,

die kaum echte Reformabsichten erkennen lässt. Westliche Demokratisierungsinitiativen finden in Kasachstan deutlich weniger Anknüpfungspunkte als im benachbarten Kirgistan oder Belarus.

Die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Anstrengungen für eine unabhängige Wahlbeobachtung könnten jedoch die Grundlage für weitere Formen des Aktivismus darstellen. Das kritische Monitoring der neuen Regie-

rung, gerade auch im Hinblick auf die aktuelle Pandemie, wird weitergehen. Schließlich wird die kasachstanische Zivilgesellschaft weiterhin Rechenschaft und Transparenz in allen staatlichen Bereichen fordern, angefangen bei fairen und transparenten Wahlen.

*Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder*

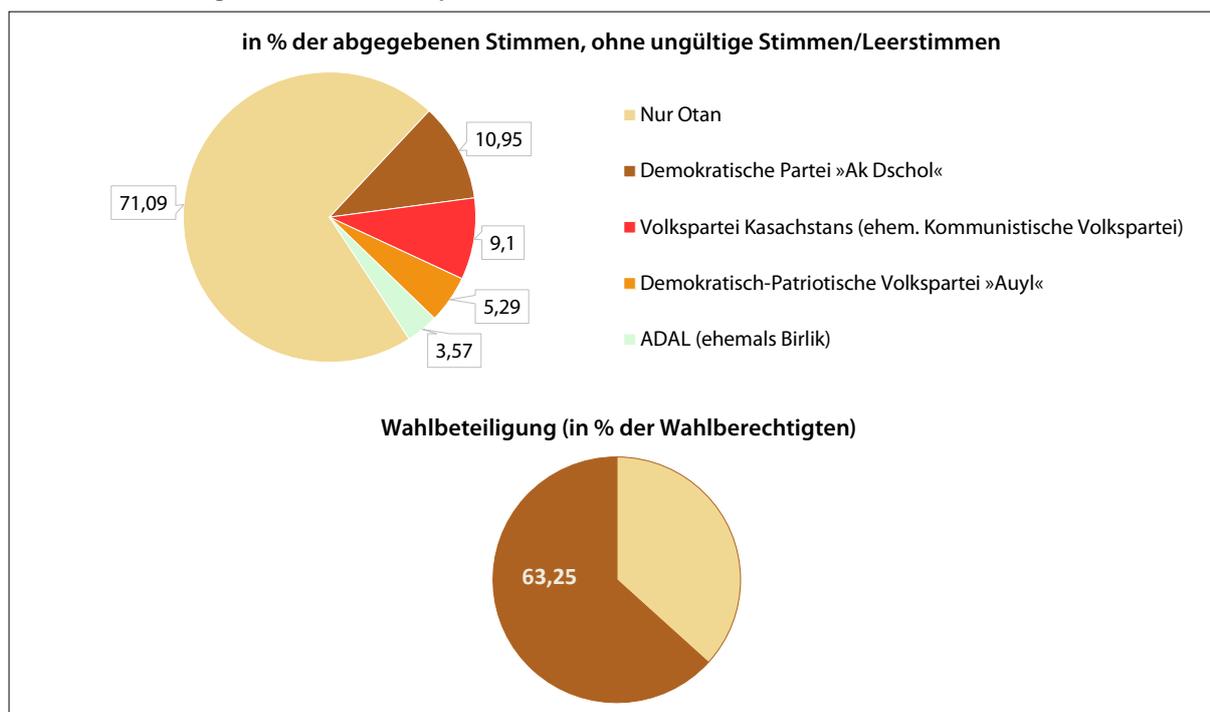
#### Über den Autor

Daniyar Kussainov ist Politikwissenschaftler aus Kasachstan. Er ist als Projektmanager beim Regionalbüro Zentralasien der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Almaty und an der *University of Central Asia* tätig. Zuvor war er Gastwissenschaftler am Norwegischen Institut für Außenpolitik (NUPI) in Oslo. 2014 forschte er im Rahmen der »Public Policy Initiative« der Soros-Stiftung Kasachstan und 2017 an der *Elliott School of International Affairs* an der George-Washington-Universität (Washington, D.C.). Er hat einen M.A. im Fach Politik und Sicherheitsfragen mit dem Schwerpunkt Zentralasien an der OSZE-Akademie in Bischkek erlangt. Sein berufliches und akademisches Interesse ist auf Fragen von Bildung, sozialer Gerechtigkeit und Wahlen gerichtet. Er hat für einheimische und internationale NGOs, Wahlbeobachtungsmissionen des ODIHR der OSZE, das Sekretariat der OSZE, die Weltbank und für die Internationale Organisation für Migration (IOM) der Vereinten Nationen gearbeitet.

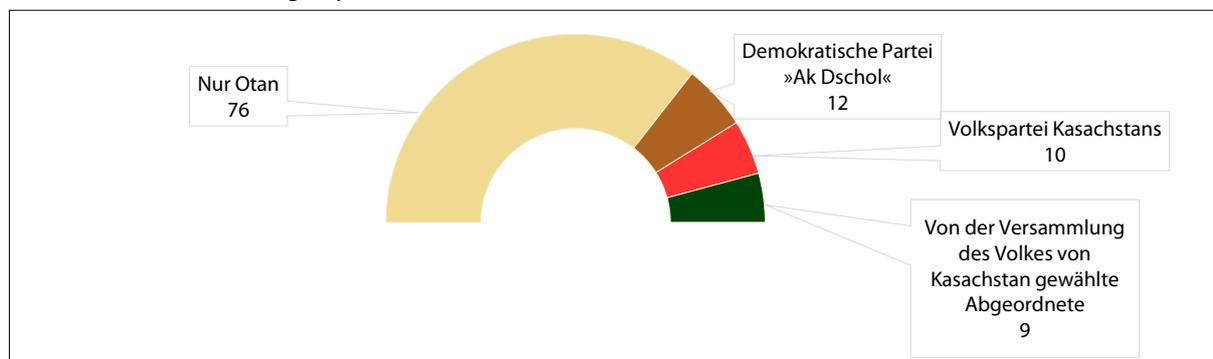
## DOKUMENTATION

### Ergebnis der Parlamentswahlen in Kasachstan am 10. Januar 2021

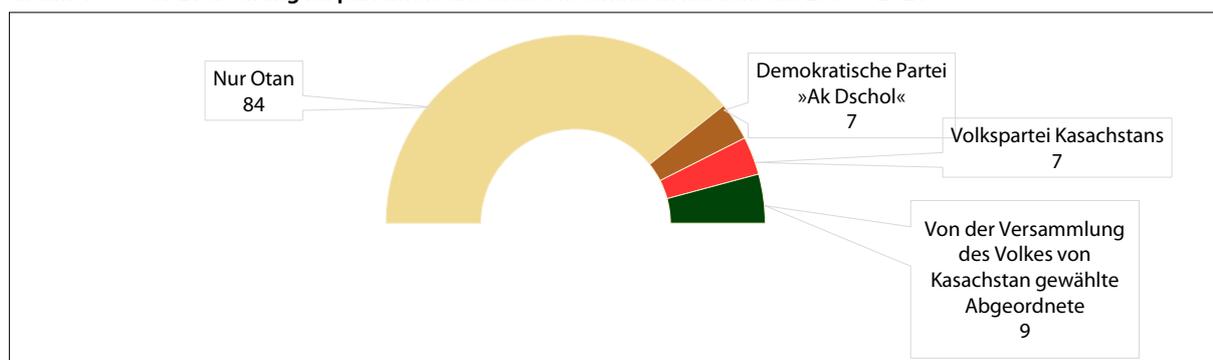
Grafik 1: Endergebnis der Wahl zum parlamentarischen Unterhaus in Kasachstan vom 10. Januar 2021



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Kasachstan (<https://www.election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=6199>), *The Astana Times* (<https://astanatimes.com/2021/01/kazakh-parliamentary-election-central-election-commission-announces-final-results/>), jeweils zuletzt aufgerufen am 27.01.2021

**Grafik 3: Sitzverteilung im parlamentarischen Unterhaus in Kasachstan nach der Wahl vom 10. Januar 2021**

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Kasachstan (<https://www.election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=6199>), The Astana Times (<https://astanatimes.com/2021/01/kazakh-parliamentary-election-central-election-commission-announces-final-results/>), jeweils zuletzt aufgerufen am 27.01.2021

**Grafik 4: Sitzverteilung im parlamentarischen Unterhaus in Kasachstan 2016 – 2021**

Quelle: Zentralasien-Analysen Nr. 99, 01.04.2016, S. 13 (<https://www.laender-analysen.de/zentralasien-analysen/99/ZentralasienAnalysen99.pdf>); ursprünglich <http://www.election.kz/rus/news/messages/index.php?ID=3294>

**Tabelle 1: Endergebnis der Wahl zum parlamentarischen Unterhaus in Kasachstan vom 10. Januar 2021**

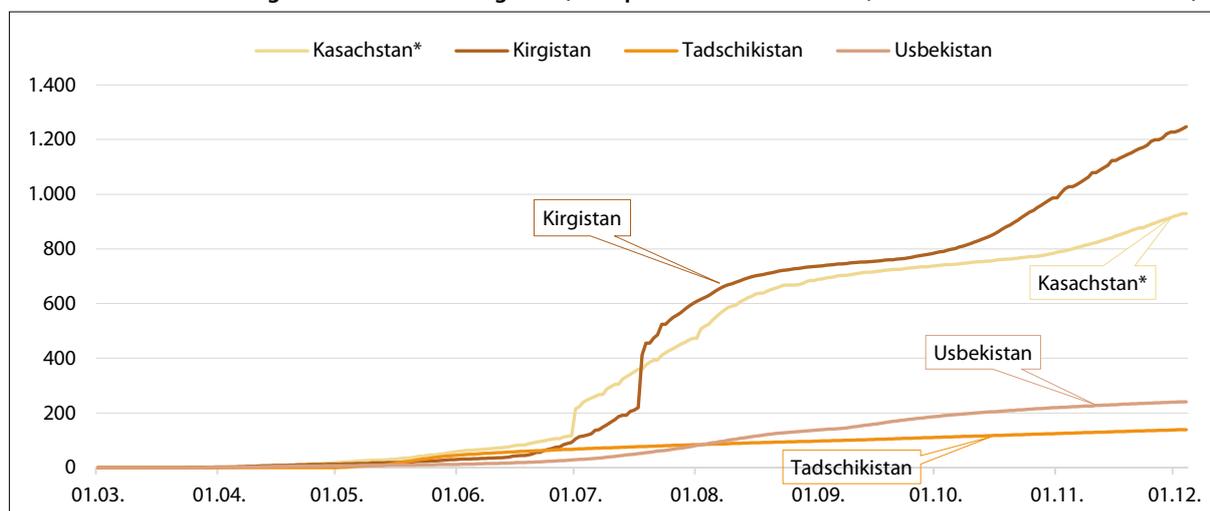
Partei	Stimmen	%	Sitze	+/-
Nur Otan	5.148.074	71,09	76	-8
Demokratische Partei »Ak Dschol«	792.828	10,95	12	+5
Volkspartei Kasachstans (ehemals Kommunistische Volkspartei)	659.019	9,10	10	+3
Demokratisch-Patriotische Volkspartei »Auyl«	383.023	5,29	0	0
ADAL (ehemals Birlik)	258.618	3,57	0	0
Von der Versammlung des Volkes von Kasachstan gewählte Abgeordnete			9	0
<b>Gültige Stimmen Insgesamt</b>	<b>7.241.562</b>	<b>100,00</b>	<b>107</b>	<b>0</b>
Gültige Stimmen	7.241.562	96,05		
Ungültige Stimmen / Leerstimmen	297.718	3,95		
<b>Abgegebene Stimmen Insgesamt</b>	<b>7.539.280</b>	<b>100,00</b>		
Wahlberechtigte / Wahlbeteiligung	11.919.241	63,25		

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Kasachstan (<https://www.election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=6199>), The Astana Times (<https://astanatimes.com/2021/01/kazakh-parliamentary-election-central-election-commission-announces-final-results/>), jeweils zuletzt aufgerufen am 27.01.2021

## STATISTIK

## Die Verbreitung von Covid-19 in Zentralasien

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März 2020 – 1. Februar 2021)



Bis zum 01.02.2021 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

\* Das Coronavirus Resource Center der Johns Hopkins University (JHU) gibt neuerdings nicht mehr die offiziell von der kasachstanischen Regierung veröffentlichte Gesamtzahl der Covid-19-Fälle wieder, sondern hat die wiedergegebenen Fallzahlen seit dem 02.08.2020 eigenständig revidiert. Auf welcher Datengrundlage diese Revision erfolgte ist nicht ersichtlich. Die von der JHU wiedergegebenen Gesamtfallzahl ist seit dem 02.08.2020 jeweils deutlich höher als die offizielle Gesamtfallzahl der kasachstanischen Regierung.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf den öffentlichen Angaben der jeweiligen Gesundheitsministerien. Der Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage der einzelnen Republiken wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 01.02.2021, 23:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse\\_covid\\_19\\_data/csse\\_covid\\_19\\_time\\_series/time\\_series\\_covid19\\_confirmed\\_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv); Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (5. Dezember 2020 – 1. Februar 2021)

Datum	Kasachstan*	Kirgistan	Tadschikistan	Usbekistan	Datum	Kasachstan*	Kirgistan	Tadschikistan	Usbekistan
05.12.	179.344	74.774	12.389	73.751	23.12.	194.257	79.659	13.071	76.315
06.12.	180.089	75.395	12.428	74.053	24.12.	194.993	79.845	13.106	76.456
07.12.	180.777	75.395	12.469	74.053	25.12.	196.216	80.025	13.138	76.568
08.12.	181.721	75.690	12.511	74.206	26.12.	197.142	80.182	13.172	76.666
09.12.	182.657	76.012	12.551	74.352	27.12.	197.902	80.373	13.205	76.751
10.12.	183.630	76.391	12.588	74.498	28.12.	198.659	80.535	13.237	76.832
11.12.	184.557	77.059	12.588	74.811	29.12.	199.555	80.654	13.265	76.907
12.12.	185.513	77.059	12.624	74.811	30.12.	200.443	80.843	13.296	76.985
13.12.	186.277	77.356	12.704	74.956	31.12.	201.196	81.034	13.296	77.060
14.12.	186.960	77.674	12.741	75.094	01.01.	202.060	81.156	13.296	77.182
15.12.	187.890	78.151	12.777	75.241	02.01.	202.880	81.214	13.300	77.182
16.12.	188.837	78.151	12.815	75.538	03.01.	203.563	81.388	13.300	77.258
17.12.	189.551	78.415	12.852	75.538	04.01.	204.293	81.388	13.300	77.258
18.12.	190.292	78.679	12.888	75.675	05.01.	205.064	81.512	13.305	77.295
19.12.	190.969	78.911	12.923	75.806	06.01.	205.933	81.656	13.305	77.350
20.12.	191.650	79.254	12.960	75.933	07.01.	206.840	81.826	13.305	77.412
21.12.	192.579	79.254	12.998	76.048	08.01.	207.683	81.991	13.305	77.485
22.12.	193.503	79.429	13.034	76.180	09.01.	208.596	82.138	13.305	77.530

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (5. Dezember 2020 – 1. Februar 2021) (Fortsetzung)

Datum	Kasachstan*	Kirgistan	Tadschikistan	Usbekistan	Datum	Kasachstan*	Kirgistan	Tadschikistan	Usbekistan
10.01.	209.369	82.273	13.308	77.572	22.01.	222.701	83.796	13.308	78.272
11.01.	210.086	82.380	13.308	77.611	23.01.	224.395	83.796	13.308	78.317
12.01.	210.976	82.587	13.308	77.663	24.01.	225.891	83.900	13.308	78.375
13.01.	211.901	82.587	13.308	77.716	25.01.	227.165	84.068	13.308	78.429
14.01.	212.812	82.723	13.308	77.777	26.01.	228.692	84.175	13.308	78.471
15.01.	213.855	82.986	13.308	77.904	27.01.	230.188	84.303	13.308	78.510
16.01.	214.927	83.109	13.308	77.968	28.01.	231.716	84.303	13.308	78.556
17.01.	215.947	83.178	13.308	77.968	29.01.	233.156	84.377	13.308	78.602
18.01.	216.964	83.178	13.308	78.036	30.01.	234.569	84.529	13.308	78.711
19.01.	218.216	83.430	13.308	78.091	31.01.	235.844	84.588	13.308	78.711
20.01.	219.527	83.430	13.308	78.163	01.02.	237.029	84.588	13.308	78.755
21.01.	221.053	83.585	13.308	78.219					

Bis zum 01.02.2021 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

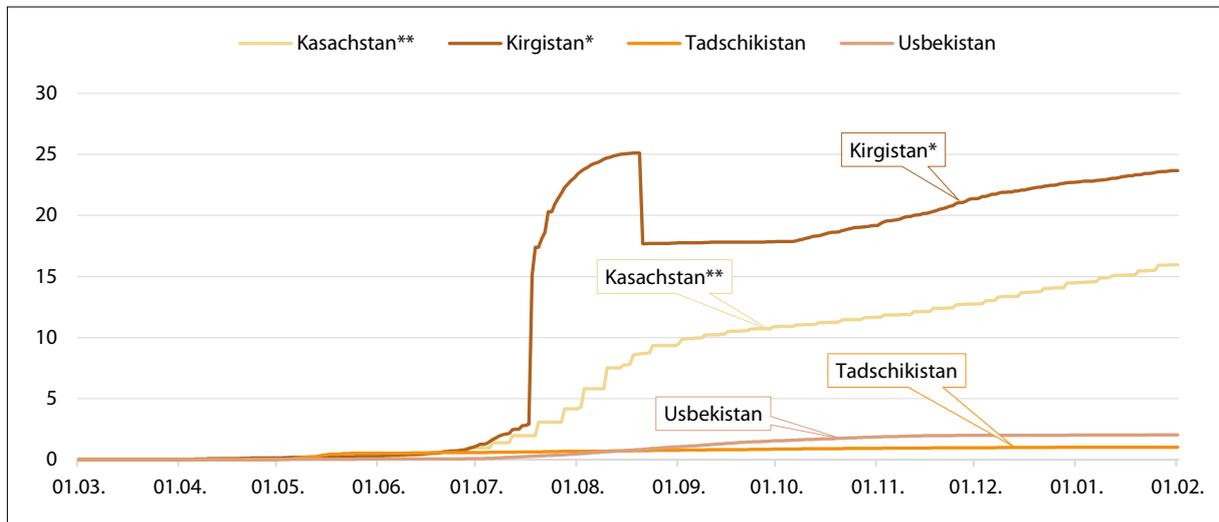
\* Das Coronavirus Resource Center der Johns Hopkins University (JHU) gibt neuerdings nicht mehr die offiziell von der kasachstanischen Regierung veröffentlichte Gesamtzahl der Covid-19-Fälle wieder, sondern hat die wiedergegebenen Fallzahlen seit dem 02.08.2020 eigenständig revidiert. Auf welcher Datengrundlage diese Revision erfolgte ist nicht ersichtlich. Die von der JHU wiedergegebenen Gesamtfallzahl ist seit dem 02.08.2020 jeweils deutlich höher als die offizielle Gesamtfallzahl der kasachstanischen Regierung.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf den öffentlichen Angaben der jeweiligen Gesundheitsministerien. Der Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage der einzelnen Republiken wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Für die Zahlen vom 01.03.–04.12.2020 siehe Zentralasien-Analysen 140–144.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 01.02.2021, 23:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse\\_covid\\_19\\_data/csse\\_covid\\_19\\_time\\_series/time\\_series\\_covid19\\_confirmed\\_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv)

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März 2020 – 1. Februar 2021)



\* Nach einer Revision der Covid-19-bedingten Todesfälle durch das Gesundheitsministerium Kirgistans wurde die Zahl am 18.08.2020 von 1.490 auf 1.053 korrigiert. U. a. wurden Todesfälle in Zusammenhang mit Herzinfarkten, Schlaganfällen und Nierenversagen, die nicht auf eine Covid-19-Erkrankung zurückgeführt werden konnten, aus der Statistik entfernt.

\*\* Das Coronavirus Resource Center der Johns Hopkins University (JHU) gibt neuerdings nicht mehr die offiziell von der kasachstanischen Regierung veröffentlichte Gesamtzahl der Covid-19-Todesfälle wieder, sondern hat die wiedergegebenen Todesfallzahlen seit dem 02.08.2020 eigenständig revidiert. Auf welcher Datengrundlage diese Revision erfolgte ist nicht ersichtlich. Die von der JHU wiedergegebenen Gesamtfallzahl ist seit dem 02.08.2020 jeweils deutlich höher als die offizielle Gesamtfallzahl der kasachstanischen Regierung.

Bis zum 01.02.2021 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf den öffentlichen Angaben der jeweiligen Gesundheitsministerien. Der Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage der einzelnen Republiken wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 01.02.2021, 23:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse\\_covid\\_19\\_data/csse\\_covid\\_19\\_time\\_series/time\\_series\\_covid19\\_deaths\\_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv); Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Gesamtzahl der Todesfälle, 5. Dezember 2020 – 1. Februar 2021)

Datum	Kasachstan**	Kirgistan*	Tadschikistan	Usbekistan	Datum	Kasachstan**	Kirgistan*	Tadschikistan	Usbekistan
05.12.	2.488	1.290	87	611	04.01.	2.775	1.360	90	614
06.12.	2.488	1.297	87	611	05.01.	2.775	1.360	90	614
07.12.	2.490	1.297	87	611	06.01.	2.781	1.361	90	615
08.12.	2.544	1.301	88	611	07.01.	2.781	1.363	90	615
09.12.	2.546	1.306	88	611	08.01.	2.838	1.365	90	616
10.12.	2.550	1.306	88	611	09.01.	2.843	1.367	90	616
11.12.	2.551	1.307	88	612	10.01.	2.844	1.369	90	617
12.12.	2.552	1.307	89	612	11.01.	2.845	1.371	90	617
13.12.	2.552	1.312	88	612	12.01.	2.879	1.375	90	617
14.12.	2.554	1.312	88	612	13.01.	2.881	1.375	90	618
15.12.	2.613	1.317	88	612	14.01.	2.882	1.378	90	618
16.12.	2.613	1.317	89	612	15.01.	2.883	1.382	90	619
17.12.	2.615	1.321	89	612	16.01.	2.887	1.384	90	619
18.12.	2.617	1.324	89	612	17.01.	2.889	1.387	90	619
19.12.	2.621	1.328	89	612	18.01.	2.891	1.387	90	619
20.12.	2.622	1.331	89	612	19.01.	2.894	1.392	90	620
21.12.	2.626	1.331	89	612	20.01.	2.950	1.392	90	620
22.12.	2.677	1.335	89	612	21.01.	2.952	1.394	90	620
23.12.	2.677	1.337	89	612	22.01.	2.953	1.398	90	620
24.12.	2.677	1.340	89	612	23.01.	2.955	1.398	90	621
25.12.	2.685	1.340	89	612	24.01.	2.958	1.400	90	621
26.12.	2.686	1.344	90	612	25.01.	2.961	1.402	90	621
27.12.	2.686	1.348	90	613	26.01.	3.035	1.405	90	621
28.12.	2.689	1.349	90	613	27.01.	3.040	1.408	90	621
29.12.	2.760	1.353	90	613	28.01.	3.040	1.408	90	621
30.12.	2.761	1.354	90	614	29.01.	3.042	1.409	90	621
31.12.	2.761	1.355	90	614	30.01.	3.045	1.412	90	621
01.01.	2.765	1.356	90	614	31.01.	3.046	1.412	90	621
02.01.	2.770	1.358	90	614	01.02.	3.046	1.412	90	621
03.01.	2.771	1.360	90	614					

\*Nach einer Revision der Covid-19-bedingten Todesfälle durch das Gesundheitsministerium Kirgistans wurde die Zahl am 18.08.2020 von 1.490 auf 1.053 korrigiert. U. a. wurden Todesfälle in Zusammenhang mit Herzinfarkten, Schlaganfällen und Nierenversagen, die nicht auf eine Covid-19-Erkrankung zurückgeführt werden konnten, aus der Statistik entfernt.

\*\*Das Coronavirus Resource Center der Johns Hopkins University (JHU) gibt neuerdings nicht mehr die offiziell von der kasachstanischen Regierung veröffentlichte Gesamtzahl der Covid-19-Todesfälle wieder, sondern hat die wiedergegebenen Todesfallzahlen seit dem 02.08.2020 eigenständig revidiert. Auf welcher Datengrundlage diese Revision erfolgte ist nicht ersichtlich. Die von der JHU wiedergegebenen Gesamtfallzahl ist seit dem 02.08.2020 jeweils deutlich höher als die offizielle Gesamtfallzahl der kasachstanischen Regierung.

Bis zum 01.02.2021 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Für die Zahlen vom 26.03.–04.12.2021 siehe Zentralasien-Analysen 142–144.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 01.02.2021, 23:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse\\_covid\\_19\\_data/csse\\_covid\\_19\\_time\\_series/time\\_series\\_covid19\\_deaths\\_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv)

**28. November 2020 –24. Januar 2021  
(einschließlich Covid-19-Chronik)**

**Kasachstan**

2.12.2020	Präsident Kasym-Dschomart Tokajew nimmt an einer Online-Sitzung CSTO-Rats (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) teil. In der Abschlusserklärung wird eine zunehmende Schwächung internationaler Sicherheitsmechanismen und eine fortschreitende Eskalation von politischen Spannungen im eurasischen Raum beklagt.
2.12.2020	Nach einem Gesuch der kasachstanischen BTA Bank hat ein britisches Gericht die Vermögenswerte des kasachstanischen Geschäftsmannes Bulat Otemuratow in Großbritannien eingefroren, meldet das Wall Street Journal. Die Summe der eingefrorenen Vermögenswerte beläuft sich auf fünf Mrd. US-Dollar. Laut Angaben der BTA Bank habe Otemuratow durch den Erwerb der Vermögenswerte Geld gewaschen, welches der ehemalige Bankdirektor Muchtar Abljasow veruntreut haben soll. Abljasow und Otemuratow weisen die Vorwürfe als politisch motiviert zurück.
3.12.2020	Einem Bericht der Financial Times zufolge hat das Gazprom-Aufsichtsratsmitglied Timur Kulibajew für einen kasachstanischen Staatsauftrag vorgesehene Gelder in Höhe von bis zu 53 Mio. US-Dollar veruntreut. Kulibajew ist mit Dinara Nasarbajewa, der Tochter des Ersten Präsidenten Nursultan Nasarbajew, verheiratet.
3.12.2020	Der russische Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« soll ab dem 22.12.2021 in Kasachstan produziert werden. Hierfür einigten sich Präsident Tokajew und der stellvertretende Stabschef der russischen Präsidentschaftsadministration, Dimitri Kosak, bei einem Treffen in Nur-Sultan.
3.12.2020	Mehrere im Land aktive Menschenrechtsorganisationen sehen sich von der kasachstanischen Regierung durch ungerechtfertigte Steuerforderungen unter Druck gesetzt. Amnesty International, Human Rights Watch, Front Line Defenders und International Partnership for Human Rights forderten in einer gemeinsamen Stellungnahme die Regierung auf, diese Praxis zu unterbinden.
4.12.2020	Nach Angaben von Premierminister Mamin hat der kasachstanische Covid-19-Impfstoff »QazCovid« die zweite Testphase erfolgreich durchlaufen. Die dritte Testphase mit 3.000 Freiwilligen startet demnach am 25.12.2020.
9.12.2020	Das britische Gerichtsurteil im Fall Otemuratow wurde nach einer Einigung der beiden Prozessseiten aufgehoben (siehe Meldung vom 02.12.2020), meldet die Werny Kapital Investment Holding, deren Geschäftsführer Otemuratow ist.
10.12.2020	Ein Gericht in Kysylorda verurteilt den ehemaligen Gouverneur des gleichnamigen Gebietes, Kuanyschbek Iskakow, wegen Betruges in besonders großem Ausmaß, zu sieben Jahren Freiheitsentzug.
11.12.2020	In Dscheskasgan (Gebiet Karaganda) streiken ca. 300 Angestellte einer örtlichen Eisenbahngesellschaft für ein 13. Jahresgehalt und bessere Arbeitsbedingungen.
12.12.2020	Das Außenministerium übergibt dem diplomatischen Geschäftsträger Russlands, Aleksandr Komarow, eine Protestnote. Hintergrund ist die Aussage eines russischen Parlamentsabgeordneten, wonach das kasachstanische Territorium »ein großes Geschenk von Russland und der Sowjetunion« gewesen sei. In der Protestnote wird auf die schädliche Wirkung derartiger Aussagen auf die bilateralen Beziehungen verwiesen.
18.12.2020	Präsident Tokajew nimmt an der Online-Sitzung des Rates der GUS-Staatschefs teil. Ein Tagesordnungspunkt umfasst die Frage der Verbindung und Harmonisierung von GUS-Integrationsbemühungen mit denen der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU).
22.12.2020	In einem pharmazeutischen Betrieb in Karaganda wird mit der Produktion des russischen Covid-19-Impfstoffes »Sputnik V« begonnen.
22.12.2020	Eine vom internationalen Dienst von RFE/RL veröffentlichte Reportage listet Immobilien und Anwesen im Gesamtwert von 785 Mio. US-Dollar auf, die Mitglieder der Familie des Ersten Präsidenten Nasarbajew in Europa und Nordamerika erworben haben sollen.
26.12.2020	Auf Anordnung des nationalen Chefarztes Jerlan Kijasow ist die Anfertigung von Video- und Bildaufnahmen in gesundheitlichen Einrichtungen ab sofort untersagt. Die Maßnahme gelte dem Schutz der Persönlichkeitsrechte von Patient*innen.
29.12.2020	Ein Gericht in Moskau verurteilt den ehemaligen Direktor der kasachstanischen BTA Bank, Muchtar Abljasow, in Abwesenheit zu 15 Jahren Haft. Abljasow soll im Rahmen seiner Tätigkeit 790 Mio. US-Dollar veruntreut haben.
2.1.2021	Präsident Tokajew unterzeichnet das Gesetz zur offiziellen Abschaffung der Todesstrafe. Die letzte Hinrichtung wurde 2003 vollstreckt, seitdem war die Todesstrafe mit einem Moratorium belegt.
3.1.2021	Präsident Tokajew unterzeichnet ein Gesetz, das öffentliche Räte mit erweiterten Befugnissen, u. a. im Bereich der Kontrolle von Strafverfolgungsbehörden, ausstattet. Die öffentlichen Räte wurden 2015 geschaffen und sollen als Repräsentationsorgan der Zivilgesellschaft deren Interessen gegenüber der Exekutive auf lokaler und nationaler Ebene vertreten.

4.1.2021	Laut der Zentralen Wahlkommission (CEC) werden Wahlbeobachter für die Parlamentswahl am 10.1.2021 nur von solchen NGOs registriert, die in ihrer Satzung explizit Wahlbeobachtung als eine Haupttätigkeit angeben. Registrierte Wahlbeobachter dürfen in den Wahllokalen zudem nur noch Bild- oder Videoaufnahmen anfertigen, nachdem die abgebildeten Personen ihr explizites Einverständnis geäußert haben.
5.1.2021	Nach eigenen Angaben hat die CEC für die Parlamentswahl am 10.1.2021 398 internationale Wahlbeobachter registriert.
8.1.2021	Das usbekische Investitions- und Außenhandelsministerium kündigt den Start der »zentralasiatischen Investitionspartnerschaft« an, an der bisher Kasachstan, Usbekistan und die USA beteiligt sind. Im Rahmen der Partnerschaft sollen in den kommenden fünf Jahren mindestens eine Mrd. US-Dollar in Projekte zur Stärkung der Privatwirtschaft und der wirtschaftlichen Konnektivität in Zentralasien investiert werden.
10.1.2021	11,9 Mio. Wahlberechtigte sind dazu aufgerufen über die Zusammensetzungen des achten parlamentarischen Unterhauses Madschilis abzustimmen. Der kasachstanische Dienst von RFE/RL sowie vlast.kz berichten über landesweite Festnahmen nach unangemeldeten Protesten. Außerdem werden mögliche Mehrfachabstimmungen gemeldet. In Almaty wurde Wahlbeobachtern kurzfristig der Zugang zu Wahllokalen verwehrt. Einer Stellungnahme des Innenministeriums zufolge seien alle Festgenommenen zum Abend hin wieder freigelassen worden, keine Person sei angezeigt worden.
11.1.2021	Das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE kritisiert die Parlamentswahl. In ihrem Bericht bemängelt sie, dass es keinen echten Wahlkampf zwischen den Parteien gegeben habe. Im Vorfeld der Wahl seien Grundfreiheiten eingeschränkt worden. Die Wähler*innen hätten demnach keine wirkliche Auswahl gehabt und die Wahlgesetzgebung weise systematische Mängel auf.
12.1.2021	Die CEC veröffentlicht das amtliche Endergebnis der Parlamentswahl vom 10.1.2021. Demnach hat die Partei Nur Otan mit 71,09 % der Stimmen erneut eine absolute Mehrheit im parlamentarischen Unterhaus errungen. Laut CEC lag die Wahlbeteiligung bei 63,3 %. Die genauen Ergebnisse finden Sie auf Seite 16–17.
12.1.2021	Die Parteien Nur Otan und Ak Dschol veröffentlichen die Listen mit den Parteimitgliedern, die als Parlamentsabgeordnete registriert werden. Nur Otan wird dabei u. a. durch die ehemalige Senatssprecherin und Tochter des Ersten Präsidenten Nasarbijew, Dariga Nasarbijewa, im neuen Parlament vertreten sein.
15.1.2021	Das neue parlamentarische Unterhaus bestätigt Askar Mamin in seinem Amt als Premierminister, nachdem dieser von Präsident Tokajew erneut für das Amt nominiert wurde. Nurlan Nigmatulin wird als Sprecher des Unterhauses bestätigt.
15.1.2021	Steuerbehörden veranlassen die Schließung der NGO »Echo« und belegen diese mit einer Geldstrafe in Höhe von 1,1 Mio. KZT (entspricht ca. 2.100 Euro). Angeblich habe sie die Deklaration ausländischer Finanzierungsquellen versäumt. »Echo« hatte die jüngsten Parlamentswahlen beobachtet und stand laut eigenen Angaben kurz vor der Veröffentlichung ihres Berichtes.
18.1.2021	Präsident Tokajew ernennt die Mitglieder der neuen Regierung, deren Ministerkabinett wenige Änderungen aufweist: Die früheren stellvertretenden Minister Serik Schapkenow (Arbeits- und Sozialschutzministerium) und Aset Armanowitsch (Wirtschaftsministerium) werden zu Ministern ernannt. Außenminister Muchtar Tileuberdi wird parallel zu seiner Tätigkeit als Außenminister das Amt des stellvertretenden Premierministers bekleiden.
20.1.2021	Premierminister Mamin weist das Gesundheitsministerium und die Gouverneure aller Gebiete an, sich auf den Beginn der Massenimpfung gegen Covid-19 am 1.2.2021 vorzubereiten. Demnach soll der russische Impfstoff »Sputnik V« eingesetzt werden.

**Kirgistan**

29.11.2020	In Bischkek demonstrieren über 200 Personen unter dem Motto »Land ohne einen Khan« gegen die geplante Verfassungsreform.
30.11.2020	Der Oberste Gerichtshof in Bischkek hebt das Hafturteil gegen Ex-Präsident Almasbek Atambajew auf und reicht den Fall zur Verfahrenswiederaufnahme an ein Bezirksgericht in Bischkek zurück. Atambajew war im Juni 2020 zu 11 Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt worden. Im Prozess wurde ihm vorgeworfen, sein Amt zur vorzeitigen Haftentlassung eines Schwerverkriminellen missbraucht zu haben.
2.12.2020	Übergangspräsident Talant Mamytow nimmt an einer Onlinesitzung des CSTO-Rates teil. In der Abschlussklärung wird eine zunehmende Schwächung internationaler Sicherheitsmechanismen und eine fortschreitende Eskalation von politischen Spannungen im eurasischen Raum beklagt.
2.12.2020	Laut des EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Peter Burian, hat das aktuelle kirgisische Parlament nach Ablauf der Legislaturperiode keine Legitimation zur Änderung der Verfassung.
6.12.2020	In Bischkek demonstrieren erneut ca. 100 Personen gegen die geplante Verfassungsreform.
7.12.2020	Der Oberste Gerichtshof hebt ein Hafturteil gegen Ex-Premierminister Sapar Isakow auf. Isakow war in der Vergangenheit in verschiedenen Verfahren wegen Korruption zu 16 bzw. 15 Jahren Haft verurteilt worden. Seine Verurteilung zu 15 Jahren Haft ist weiterhin rechtskräftig. Isakow befindet sich zurzeit auf der Flucht, nachdem er während der Unruhen im Oktober 2020 aus dem Gefängnis befreit worden war.
7.12.2020	Über Twitter weist das Außenministerium eine Aussage von US-Botschafter Donald Lu zurück. Dieser sagte zuvor, die aktuelle Situation in Kirgistan »erinnere ihn an einen Mafiafilm«. Seine Aussage sei eine Verletzung der Prinzipien internationaler Beziehungen und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kirgistans, so das Außenministerium.
9.12.2020	Der kommissarische Premierminister Artjom Nowikow wird im usbekischen Fergana vom usbekischen Minister für Investitionen und Außenhandel, Sardor Umursakow, empfangen. Beide Seiten einigen sich auf die Schaffung eines 50 Mio. US-Dollar umfassenden kirgisisch-usbekischen Investitionsfonds.
9.12.2020	Das Parlament verabschiedet in erster Lesung ein Gesetz, laut dem die kirgisische Bevölkerung am 10.1.2020 in einem Referendum entscheiden soll, ob das Land das parlamentarische Regierungssystem beibehalten oder zu einem präsidentialen Regierungssystem zurückkehren soll.
9.12.2020	Das US-Finanzministerium beschließt Sanktionen gegen den ehemaligen stellvertretenden Leiter der kirgisischen Zollbehörde, Rajimbek Matraimow. Er wird beschuldigt, während seiner Amtstätigkeit ein internationales Schmuggelnetzwerk miterrichtet zu haben. Der Schaden für den kirgisischen Fiskus wird auf 700 Mio. US-Dollar geschätzt.
10.12.2020	Nach drei Lesungen verabschiedet das Parlament ein Gesetz, wonach am 10.1.2020 ein Referendum abgehalten wird. In dem Referendum soll die kirgisische Bevölkerung zwischen einem präsidentialen und parlamentarischen Regierungssystem abstimmen können. Auf dem Wahlzettel wird es auch die Option »keines von beiden« geben.
11.12.2020	Interimspräsident Talant Mamytow nimmt an einer Onlinesitzung des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates, dem Führungsgremium der EAEU, teil. Haupttagesordnungspunkt ist die Entwicklung von strategischen Leitlinien zur Vertiefung der wirtschaftlichen Integration bis 2025.
15.12.2020	Der offizielle Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl am 10.1.2021 beginnt mit 18 registrierten Kandidat*innen.
15.12.2020	Beamte des staatlichen Antikorruptionsdienstes nehmen Kamil Osmonalijew, Richter am Obersten Gerichtshof, wegen des Verdachtes auf unsachgemäße Deklaration von Vermögenswerten fest.
15.12.2020	Auf Beschluss des kommissarischen Premierministers Nowikow wird die Kategorie »Ethnizität« in die neuen biometrischen Nationalpässe mitaufgenommen. Dies geht auf ein Urteil der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofes zurück, laut dem das Fehlen jener Kategorie gegen die Verfassung verstoße.
18.12.2020	Interimspräsident Mamytow nimmt an der Online-Sitzung des Rates der GUS-Staatsoberhäupter teil. Ein Tagesordnungspunkt umfasst die Frage der Verbindung und Harmonisierung von GUS-Integrationsbemühungen mit denen der EAEU.
24.12.2020	Gegen die Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes, Gulbara Kalijewa, wird wegen des Verdachtes auf eine nicht näher bestimmte Straftat ermittelt, gab Kamtschybek Taschikew bekannt, Leiter des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit (GKNB).
24.12.2020	Nach Angaben des GKNB-Vorsitzenden Taschijew hat der ehemalige stellvertretende Leiter der kirgisischen Zollbehörde, Rajimbek Matraimow, den von ihm verursachten Haushaltsschaden in Höhe von zwei Mrd. Som (ca. 25 Mio. US-Dollar) inzwischen vollständig beglichen.
25.12.2020	Russland stellt Kirgistan Finanzmittel im Gesamtwert von 20 Mio. US-Dollar bereit, die u. a. zur Auszahlung von staatlichen Renten, Sozialhilfen und Beamtengehältern genutzt werden sollen.

6.1.2021	Nach eigenen Angaben hat die CEC insgesamt 316 internationale Wahlbeobachter für die vorgezogene Präsidentschaftswahl am 10.1.2021 registriert.
10.1.2021	3,5 Mio. wahlberechtigte Staatsbürger*innen sind aufgerufen, einen neuen Präsidenten zu wählen. Zeitgleich findet ein Referendum über die Frage statt, ob das gegenwärtige parlamentarische Regierungssystem Kirgistans beibehalten oder in ein präsidentiales Regierungssystem umgewandelt werden soll.
10.1.2021	In Bischkek demonstrieren mehrere Dutzend Personen gegen die Durchführung des Referendums über die Regierungsform.
10.1.2021	Die CEC gibt vorläufige Endergebnisse der Wahlen bekannt. Demnach ist Sadyr Dschapaorw laut vorläufigem Endergebnis der Wahlsieger (79,18 % der Stimmen). Zudem sprachen sich 81,30 % der Wähler*innen für ein präsidentiales und 10,9 % für ein parlamentarisches Regierungssystem aus. 4,46 % stimmten gegen beide Optionen.
10.1.2021	In einer Pressekonferenz kündigt Wahlsieger Dschaparow die Verabschiedung einer neuen Verfassung an, die ein präsidentiales Regierungssystem konstituieren soll. Die neue Verfassung soll auch die Errichtung eines Kurultai als »höchstes Organ der Volksrepräsentation« regeln. Zudem kündigt Dschapaorw Reformen des Parlaments- und Justizsystems an.
11.1.2021	In seiner Wahlsieg-Ansprache vor über 500 Unterstützer*innen auf dem Ala-Too-Platz in Bischkek spricht Sadyr Dschaparow von einer »Diktatur des Rechts«, die ab sofort in Kirgistan herrschen werde.
11.1.2021	Die OSZE spricht hinsichtlich der Präsidentschaftswahl von einer »allgemein gut organisierten Wahl«, jedoch hätten die Kandidat*innen nicht über dieselben Voraussetzungen verfügt. Dschaparow habe demnach von unverhältnismäßig hohen Finanzmitteln und administrativen Ressourcen profitiert.
14.1.2021	Nach eigenen Angaben hat Facebook im Dezember 2020 u. a. in Kirgistan 17 Desinformationsnetzwerke gelöscht. Es wurden u. a. 406 Facebook- und 101 Instagram-Konten gelöscht, die jeweils über kaum Follower bzw. Mitglieder verfügten. Viele der Accounts sollen auch für mehrere Seiten der jeweiligen politischen Debatten kommentiert haben.
15.1.2021	Die wahre Zahl der Corona-Toten im Land ist möglicherweise deutlich höher als in der offiziellen Statistik angegeben. Zudem seien große Mengen humanitärer Hilfslieferungen von Staatsbediensteten unterschlagen worden. Zu diesen Ergebnissen sei eine parlamentarische Untersuchungskommission gekommen, meldet die stellvertretende Premierministerin Elwira Surabaldijewa.
18.1.2021	In Bischkek streiken über 500 staatlich angestellte Fahrer von öffentlichen Minibussen (Marschrutkas) für höhere Löhne.
21.1.2021	Der neue US-Präsident Joe Biden annulliert mehrere Anordnungen seines Vorgängers Donald Trump, u. a. die, nach der Bürger mehrerer Staaten, darunter Kirgistan, nicht mehr in die USA einreisen konnten.
21.1.2021	Die CEC erklärt Sadyr Dschaparow mit 79,2 % der Stimmen offiziell zum Sieger der Präsidentschaftswahl vom 10.1.2021. Dschaparow soll am 28.2.2021 als neuer Präsident vereidigt werden.
21.1.2021	Nach Angaben des kommissarischen Gesundheitsministers Alymkadyr Beischenalijew erhält Kirgistan im Rahmen des WHO-Programmes »COVAX« 1,2 Mio. Dosen Impfstoff gegen Covid-19.

## Tadschikistan

7.12.2020	In einem Gericht in Hissar (Der Republik unterstellten Bezirke (RRS)) wird das Verfahren gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei (SDPT), Machmurow Odinaew, wegen »Rowdytums« eröffnet. Unterstützer*innen des am 05.12.2020 inhaftierten Odinaew gehen von einem politischen Verfahren gegen ihn aus.
8.12.2020	Laut einer Erklärung von (mittlerweile Ex-) US-Außenminister Mike Pompeo zählt Tadschikistan weltweit zu den Staaten, die »systematische, anhaltende und eklatante Verstöße gegen die Religionsfreiheit« verüben.
10.12.2020	Bereits Ende November kam es in Maimay, Gebiet Badachschan (Afghanistan) zu einem Überfall islamistischer Kämpfer auf lokale Sicherheitskräfte. Bei dem Angriff nahe der tadschikischen Grenze wurden vermutlich 24 afghanische Sicherheitskräfte getötet, ein Teil von ihnen wird vermisst. Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass vermutlich eine Großzahl der beteiligten Kämpfer tadschikische Staatsangehörige seien, welche sich lokalen militanten Gruppen angeschlossen hätten.
14.12.2020	Firdaus Scharifzoda, Bürgermeister von Chudschand, weist die Bevölkerung an verstärkt mit Kohle und Holz zu heizen und keine elektrisch betriebenen Heizungen zu verwenden. Zudem wird in weiten Teilen der zweitgrößten Stadt Tadschikistans nachts die Laternenbeleuchtung abgeschaltet.
14.12.2020	Das russische Ministerium für Bauwesen, Wohnungswesen und Versorgung hat Vorschläge für die vereinfachte Einreise von ausländischen Arbeitsmigrant*innen erstellt. Wegen der coronabedingten Grenzschließungen herrscht in Russland ein Arbeitskräftemangel vor, insbesondere im Bausektor.
15.12.2020	Laut dem präsidentialen Pressedienst appelliert nun auch Präsident Emomali Rachmon an die Bevölkerung, dringend Strom zu sparen. Ansonsten seien Stromrationierungen die Konsequenz.
17.12.2020	Nach den Berichten über Angriffe auf afghanische Sicherheitskräfte im afghanischen Maimay, Gebiet Badachschan (Afghanistan), wird die Truppenpräsenz auf tadschikischer Seite erhöht. Der Bezirk Maimay liegt unmittelbar an der tadschikischen Grenze gegenüber des Pamir Highways, welcher Duschanbe und Khorog miteinander verbindet.
19.12.2020	Muhammadikboli Sadriddin, Betreiber der regierungskritischen Website »isloh.net« wird Opfer einer Diffamierungskampagne. Etliche Mobilfunknutzer erhalten per SMS einen Link zu einem YouTube-Video mit dem Titel »Jetzt ist klar, wer Mummadikboli Sadriddin ist«. Die Hintergründe des Vorfalls sind bislang unklar.
23.12.2020	Nach zehnjähriger Unterbrechung wird das Gebiet Sughd wieder mit usbekischem Gas versorgt.
25.12.2020	Aus dem Autonomen Gebiet Berg-Badachschan (GBO/VMKB) werden massive Unterbrechungen der Stromversorgung gemeldet.
2.1.2021	In seiner Neujahrsansprache stellt Präsident Rachmon fest, dass das Coronavirus im Land nahezu verschwunden sei. Gleichzeitig fordert er alle Bürger*innen des Landes auf, wachsam zu bleiben und sich weiterhin an die allgemeinen Hygieneempfehlungen von Fachleuten zu halten.
5.1.2021	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass in ländlichen Gebieten fortan die Stromversorgung zwischen 23:00 und 06:00 Uhr unterbrochen wird. Hintergrund ist die andauernde Energiekrise im Land, bedingt u. a. durch niedrige Pegelstände im Nurek-Stausee.
5.1.2021	Laut Recherchen des tadschikischen Dienstes von RFE/RL wurde bereits am 28.12.2020 der 87-jährige (andere Quellen sprechen vom 80-jährigen) Doniyor Nabiew zu fünf Jahren Haft verurteilt. Dem ehemaligen Mitglied der in Tadschikistan verbotenen Islamischen Wiedergeburtspartei (IRPT) wird vorgeworfen, Gefängnisinsassen der IRPT »materiell unterstützt« zu haben. Laut Darstellung von Nabiews Angehörigen habe er die Gefängnisinsassen lediglich mit Lebensmittel versorgt.
12.1.2021	Die sozialen Medien Facebook und Instagram können landesweit nicht aufgerufen werden. Der staatliche Kommunikationsdienst dementiert die Seiten blockiert zu haben und vermutet technische Gründe als Ursache.
12.1.2021	Präsident Rachmon gratuliert seinem neugewählten kirgisischen Amtskollegen Sadyr Dschaparow zu seinem Sieg bei den kirgisischen Präsidentschaftswahlen.
12.1.2021	16 aus der Republik Moldau abgeschobene tadschikische Staatsbürger werden nach ihrer Ankunft in Duschanbe festgenommen, meldet der tadschikische Dienst von RFE/RL. Ihr Verbleib bzw. der Inhaftierungsgrund sind unklar.
14.1.2021	Die Staatsanwaltschaft von Hissar (Der Republik unterstellten Bezirke (RRS)) erhebt erneut Anklage gegen den stellvertretenden SDPT-Vorsitzenden Odinaew. Der konkrete Anklagepunkt wurde diesmal nicht bekannt.
14.1.2021	Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) kritisiert in ihrem Jahresbericht 2020 Einschränkungen der Meinungsfreiheit sowie die Internetzensur in Tadschikistan. Kritiker*innen, Oppositionelle und Journalist*innen würden in Tadschikistan aus politischen Gründen zu hohen Haftstrafen verurteilt werden. Die staatlichen Repressionen würden sich auch zunehmend gegen Exil-Oppositionelle richten, so HRW.

18.1.2021	Angaben der tadschikischen Statistikbehörde zufolge stiegen die Lebensmittelpreise im vergangenen Jahr im Schnitt um 13%. Einige Lebensmittel wie Butter oder Zucker sind inzwischen 40% teurer als im Vorjahreszeitraum.
20.1.2021	HRW meldet ebenfalls die Festnahme von Doniyor Nabiew (siehe Meldung vom 5.1.21).
21.1.2021	Eurasianet berichtet über die jüngsten Ausfälle von sozialen Medien wie Facebook und Instagram. Auch die Dienste von u. a. Google Mail, Microsoft und Zoom konnten zeitweise nicht mehr genutzt werden. Laut dem Bericht von Eurasianet seien die Ausfälle möglicherweise auf einen Konflikt zwischen tadschikischen Steuerbehörden und Online-Konzernen zurückzuführen.
22.1.2021	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet die Abhaltung einer Polizeiübung in Chudschand. Simuliert wurde die Festnahme von Personen, welche gegen anhaltende Stromausfälle demonstrieren.

---

## **Turkmenistan**

4.12.2020	Im grenznahen afghanischen Bezirk Andchoi eröffnen offizielle Vertreter Turkmenistans und Afghanistans eine für bis zu 500 Personen ausgelegte Moschee, welche von der turkmenischen Regierung finanziert wurde.
7.12.2020	Nach Angaben des turkmenischen Dienstes von RFE/RL seien viele Krankenhäuser im Land nicht mehr in der Lage, den Zustrom von Patient*innen mit Covid-19-ähnlichen Symptomen zu bewältigen. Viele Krankenhäuser seien demnach für die Neuaufnahme von Patient*innen geschlossen und unter Quarantäne gestellt worden.
12.12.2020	Anlässlich des 25. Jubiläums des turkmenischen Neutralitätsstatus begnadigt Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow 2.082 Strafgefangene und gewährt 2.580 staatenlosen Personen die turkmenische Staatsbürgerschaft.
14.12.2020	Wie erst jetzt bekannt wurde, verurteilte ein Gericht in Aschgabat am 15.9.2020 den 26-jährigen Nurgeldy Halikow zu vier Jahren Haft. Halikow hatte zuvor eine WHO-Delegation fotografiert. Nachdem ein Bekannter das Foto auf Instagram postete, wurde er Ende Juli 2020 inhaftiert. Offiziell erfolgte Halikows Verurteilung aufgrund von Schulden in Höhe von 5.000 US-Dollar, die er bei einem Bekannten offen haben soll. Nach Angaben von Turkmen.news sei dies jedoch fingiert, die Fotoaufnahme sei der eigentliche Grund für Halikows Verurteilung.
17.12.2020	Der britische Botschafter für Turkmenistan, Hugh Philpott, gibt über Twitter bekannt, sich aktuell von einer Infektion mit Covid-19 zu erholen.
18.12.2020	Präsident Berdymuchammedow nimmt an der Online-Sitzung des Rates der GUS-Staatsoberhäupter teil. Ein Tagesordnungspunkt umfasst die Frage der Verbindung und Harmonisierung von GUS-Integrationsbemühungen mit denen der EAEU.
21.12.2020	Nach Angaben des turkmenischen Dienstes von RFE/RL versammeln sich vor der Gebietsverwaltung in der Stadt Mary ca. 50 Frauen, um gegen Unterbrechungen in der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Trinkwasser und Bargeld zu demonstrieren.
22.12.2020	Außenminister Meredow empfängt die Leiterin des WHO-Büros in Turkmenistan, Paulina Karwowska, zu Gesprächen über die gemeinsame Zusammenarbeit u. a. im Bereich der Vorbereitungen »für den Fall des Auftretens von ansteckenden Infektionskrankheiten im Land«.
3.1.2021	Nach Angaben der US-Botschaft in Kabul befindet sich der US-Sonderbeauftragte für den afghanischen Friedensprozess, Salmay Chalilsad, auf Dienstreise in die Staaten Afghanistan, Pakistan, Katar und Turkmenistan. Er werde sich demnach für Projekte und Pläne mit dem Ziel der Ausweitung der regionalen Konnektivität, des Handels und der Entwicklung einsetzen. Diese Projekte sollen zusammen mit einem möglichen innerafghanischen Friedensübereinkommen einen nachhaltigen Frieden aufrechterhalten. Weitere Angaben werden nicht gemacht.
9.1.2021	Außenminister Meredow wird in Kabul von seinem afghanischen Amtskollegen Mohammad Hanif Atmar und dem afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Fragen von grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekten empfangen.
14.1.2021	In Turkmenabad (Gebiet Lebap) findet unter Teilnahme von Präsident Berdymuchammedow und seinem afghanischen Amtskollegen Aschraf Ghani eine Zeremonie anlässlich der Inbetriebnahme mehrerer grenzüberschreitender Bahn-, Strom- und Glasfaserkabeltrassen statt.
15.1.2021	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet eine spontane Demonstration mit ca. 50 Teilnehmern gegen derzeit geltende inländische Reiserestriktionen in Schatlyk (Gebiet Mary). Die Protestierenden wollten ursprünglich zur Arbeitssuche nach Aschgabat fahren. Zunächst versuchte die Polizei erfolglos die Menge zu zerstreuen, anschließend wurden die Demonstrant*innen mit Bussen in die örtliche Polizeistation gebracht.
16.1.2021	Nach Angaben von Chronika Turkmenistana wurde in Aschgabat eine Augenklinik unter Quarantäne gestellt, nachdem bei einer Patientin Covid-19 diagnostiziert wurde.
17.1.2021	Nach Angaben des turkmenischen Dienstes von RFE/RL ist am 14.1.2021 bei nebligem Wetter ein Militärhubschrauber in der Nähe des Dorfes Jaschlik (Gebiet Ahal) nahe der iranischen Grenze abgestürzt, wobei alle drei Besatzungsmitglieder getötet wurden.
18.1.2021	Die 71-jährige turkmenische Journalistin Soltan Atschilowa wird mit dem britischen Martin Ennals Menschenrechtspreis gewürdigt. Atschilowa arbeitet u. a. für Chronika Turkmenistana und den turkmenischen Dienst von RFE/RL.
18.1.2021	Nach Angaben von TDH und des russischen Direktinvestitionsfonds ist Turkmenistan das erste Land Zentralasiens, das den russischen Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« offiziell zugelassen hat. Offiziell gibt es in Turkmenistan nach wie vor keinen Fall von Covid-19.
21.1.2021	Nach Anordnung von Präsident Berdymuchammedow soll die Arbeit zur Zulassung weiterer Impfstoffe gegen Covid-19 fortgesetzt werden.
21.1.2021	Außenminister Meredow und sein aserbaidchanischer Amtskollege Jeyhun Bayramow unterzeichnen in Aschgabat eine Absichtserklärung zur gemeinsamen Exploration und Entwicklung des Kohlenwasserstofffeldes »Dostluk« im Kaspischen Meer.

**Usbekistan**

30.11.2020	Wladimir Putin und Präsident Schawkat Mirsijojew führen ein Telefonat über die bevorstehende GUS-Mitgliedersitzung sowie eine mögliche Verwendung des russischen Sputnik-Impfstoffs in Usbekistan. Laut Meldung von Fergana Agency erfolgte das Telefonat auf Initiative der usbekischen Seite.
4.12.2020	Denis Manturow, Minister für Industrie und Handel in Russland, bringt im Rahmen seines Usbekistanbesuchs persönlich erste Dosen des russischen Impfstoffs Sputnik V in das Land. Die empfangenen Vakzine sollen laut Meldung von Fergana Agency in Usbekistan zunächst noch die erforderlichen Tests durchlaufen.
7.12.2020	Die Agentur für die Entwicklung der Pharmaindustrie bietet russischen Investoren die Produktion von Impfstoffen in Usbekistan an, meldet RIA Novosti. Der Vorschlag wurde beim gemeinsamen Treffen der Agentur mit dem russischen Minister für Handel und Industrie, Denis Manturow, in Taschkent vorgebracht.
7.12.2020	Anlässlich des »Tages der Verfassung« begnadigt Präsident Mirsijojew 104 verurteilte Personen.
8.12.2020	In einer Presseerklärung lobt (mittlerweile Ex-) US-Außenminister Michael Pompeo Usbekistans Reformen im Bereich der Religionsfreiheit. Diese seien »Vorbild für andere Länder«, so Pompeos Wortlaut.
8.12.2020	25 Frauen und 73 Kinder wurden im Rahmen der »Operation Mehr« aus Syrien nach Usbekistan zurückgebracht. Laut Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur UZA handelt es sich bei den Rückkehrern um teils verwitwete oder verwaiste Angehörige von mittlerweile getöteten oder verurteilten IS-Kämpfern.
9.12.2020	Sardor Umusakow, Minister für Investitionen und Außenhandel, empfängt in Fergana den kommissarischen Premierminister Kirgistans, Artjom Nowikow. Beide Seiten einigen sich auf die Schaffung eines 50 Mio. US-Dollar umfassenden kirgisisch-usbekischen Investitionsfonds.
10.12.2020	In Bucharra blockieren mehrere Personen aus Protest gegen Engpässe bei der Gasversorgung eine Straße.
11.12.2020	Usbekistan erhält Beobachterstatus in der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU). Dies wurde bei einer Sitzung des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates entschieden. An der Sitzung nahm Präsident Mirsijojew persönlich Teil. Er betonte, der Beobachterstatus werde es Usbekistan ermöglichen, »die schnellen Prozesse in der EAEU tiefer und besser zu verstehen.«
13.12.2020	In Andischan blockieren Protestierende eine Straße, nachdem es zuvor zu Versorgungsengpässen bei Gas und Strom gekommen war.
24.12.2020	Es ist ab sofort landesweit verboten, Häuser abzureißen, deren Bewohner*innen zuvor nicht dem Marktwert ihrer Häuser entsprechend entschädigt worden sind. Eine entsprechende Gesetzesänderung wurde von Präsident Mirsijojew unterzeichnet.
26.12.2020	Präsident Mirsijojew eröffnet in Taschkent eine neue, sieben Kilometer lange U-Bahn-Linie.
28.12.2020	In Murzabad (Gebiet Surchandarja) errichten Bewohner*innen brennende Barrikaden um gegen Stromausfälle zu protestieren. Der Bezirk äußert sich hierzu über seinen Telegramdienst und stellt klar, dass die jüngsten Stromausfälle in der Region mit defekten Transformatoren zusammenhängen.
29.12.2020	Aus Protest gegen anhaltende Strom- und Gasversorgungsengpässe blockieren ein Dutzend Demonstrantinnen eine Straße vor der Stadtverwaltung von Kokand (Gebiet Fergana).
29.12.2020	In einer Rede an das Parlament betont Präsident Mirsijojew die gewachsene sowie wichtige Rolle von freien Medien in Usbekistan. Zudem plädiert er für eine kritische Überprüfung der Aktivitäten der Informationsagentur. Diese sei ursprünglich gegründet worden, um die Arbeit von Medien zu unterstützen. Die von Mirsijojew kritisierte Informationsagentur war im November 2020 durch Drohungen an verschiedene Medienhäuser im Land, u. a. an kun.uz, aufgefallen (Siehe hierzu auch die Usbekistan-Chronik der vergangenen Ausgabe der Zentralasien-Analysen Nr. 144).
29.12.2020	Im Gebiet Fergana werden Verkehrsverstöße künftig mithilfe von Drohnen geahndet, meldet Fergana-Agency.
1.1.2021	Laut Bericht des Staatlichen Statistikausschuss betrug die Inflation 2020 im Land 11,1 %.
6.1.2021	Kasachstan und Kirgistan melden Stromengpässe aufgrund von Störungen im usbekischen Netz, meldet Gazeta.uz.
8.1.2021	Das Investitions- und Außenhandelsministerium kündigt den Start der »zentralasiatischen Investitionspartnerschaft« an, an der bisher Kasachstan, Usbekistan und die USA beteiligt sind. Im Rahmen der Partnerschaft sollen in den kommenden fünf Jahren mindestens eine Mrd. US-Dollar in Projekte zur Stärkung der Privatwirtschaft und der wirtschaftlichen
11.1.2021	In Pachtakor (Gebiet Dschizzakh) blockieren Protestierende eine Straße, nachdem es zu Gasversorgungsengpässen gekommen war.

12.1.2021	Technische Probleme in usbekischen Kraftwerken führen nun auch zu Stromausfällen in Afghanistan, welches usbekischen Strom importiert, meldet Gazeta.uz. Insbesondere in Kabul kommt es zu akuten Stromengpässen, die Bewohner*innen würden lediglich 20 Minuten lang am Tag mit Strom versorgt.
16.1.2021	Laut Angaben des staatlichen Statistikausschusses leben in Usbekistan aktuell mehr als 34,5 Mio. Menschen. Die Bevölkerung stieg im vergangenen Jahr demnach um 1,9%.
18.1.2021	Usbekistan bestellt 100.000 Impfstoffdosen der Firma BioNTech/Pfizer.
19.1.2021	Laut Bericht des Staatlichen Statistikausschusses stieg die Sterblichkeitsrate im Jahr 2020 um 13,5% im Vergleich zum Vorjahr.
20.1.2021	In Nurabad, Gebiet Taschkent, kommt es zu einer schweren Explosion in einem Wärmekraftwerk, bei der drei Arbeiter ums Leben kommen.
21.1.2021	Laut Angaben des staatlichen Statistikausschusses importierte Usbekistan im Jahr 2020 Gas im Wert von 50,4 Mio. US-Dollar. Dies entspricht einem 237-fachen Anstieg im Vergleich zu 2019. Die Gasexporte Usbekistans gingen um das 4,7-fache zurück. Gazeta.uz berichtet in diesem Zusammenhang, dass die russische Gazprom seit Anfang 2020 kaum Gas aus Usbekistan importiert habe.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

#### Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH  
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
 Deutsches Polen-Institut  
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

#### Redaktion:

Verantwortliche Redakteure: Rostam Onsoni und Richard Schmidt  
 Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow  
 Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin  
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



# Kostenlose Länder-Analysen auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de).

## Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

## Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

## Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

## Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

## Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

